

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Petitzeile 50 Pfg. und 40% Feuerungsaufschlag — 70 Pfg. Desgl. bei Plagvorschrift 55 Pfg. und 40% Feuerungsaufschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Räumung Rußlands durch die Entente?

Die Entente zieht ihre Truppen aus Rußland zurück.

Kopenhagen, 18. Sept. (Til.) Ueber London wird aus Paris gemeldet, daß der Oberste Rat der Alliierten in Clemenceaus Bureau im Kriegsministerium eine Sitzung abhielt, an der Clemenceau, Lloyd George, Tittoni, Foch, Tardieu und Philipp Berthelot teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, Rußland zu räumen und es den russischen Revolutionären zu überlassen, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, jedoch so, daß die Interessen der Nachbarstaaten gewahrt bleiben.

Falls sich diese Meldung bestätigen sollte, wären die außenpolitischen Schwierigkeiten Sowjetrußlands mit einem Schlage gelöst. Während sich in Ententekreisen die Vermutung gegenüber Rußland Bahn bricht, beharrt die deutsche Regierung in Feindschaft zu Moskau. Zu spät werden die Befürworter dieser veröfentlichten Politik einsehen, daß sie in ihrer Kurzsichtigkeit dem deutschen Volke nicht wieder gutzumachenden Schaden zugefügt haben.

Die Friedensverhandlungen Sowjetrußlands.

Stockholm, 17. Sept. Die Friedensverhandlungen zwischen Estland und Rußland beginnen am 15. September alten Stils und zwar in Petshory und nicht in Pleskau. Wie die Zeitung „Nytt Svensk“ erfährt, sollen die Vorverhandlungen bereits in Jsborsk begonnen haben.

Friedensverhandlungen sämtlicher Randstaaten?

Mosk., 17. Sept. Auf der Konferenz der baltischen Staaten hielt der estnische Außenminister Poska eine Ansprache, aus der hervorzugehen scheint, daß die Randstaaten insgesamt ihren Frieden mit Sowjet-Rußland zu machen gedenken. Poska führte u. a. aus: Die anderen Nationen haben sich schon von auswärts an unsere Delegation gewandt, indem sie uns als ihren älteren Bruder bezeichnen und ihre Hoffnung äußern, daß wir als Vorkämpfer auch ihre Interessen nicht vergessen werden.

Neuorientierung in der Politik der Entente gegenüber Rußland?

Amsterdam, 17. Sept. Wie der Neue Rotterdamse Courant aus Newyork meldet, hat Bullitt am 18. September seinen Bericht über Rußland veröffentlicht. In diesem Bericht bekräftigt er den Vorschlag Venins, daß die Sowjetregierung mit den Alliierten Frieden schließen wolle. In den veninschen Vorschlägen werde vorgeesehen, daß die Sowjetregierung die Kontrolle über alle Eisenbahnen haben solle und daß die wirtschaftliche Blockade aufgehoben und den politischen Gefangenen Amnestie gewährt werde. Bullitt schildert Venin als einen Mann, der die Phantasie des russischen Volkes beherrsche, wodurch seine Stellung die eines Diktators sei. Man könne in Rußland nur eine sozialistische Regierung errichten. Wenn die Blockade aufgehoben würde, so würden die Parteien, die grundsätzlich gegen die Kommunisten seien, sie aber im Augenblick unterstützen, imstande sein, den Kampf zu gewinnen. Die Kräfte der russischen Regierung seien jetzt der aufbauenden Arbeit angewandt. Die Phase des Niederkreisens sei vorbei.

Der Fall Bullitt hat sich zu einem großen Angriffspunkt gegen Wilson und Lloyd George entwickelt. Die amerikanische Senatsopposition hat sich des Bullittschen Berichts bemächtigt, um daraus großes Kapital gegen den Friedensvertrag zu ziehen.

Ein Ultimatum der Entente zwecks sofortiger Räumung des Balkikums.

Noch immer haufen die deutschen Kosaken im Baltikum. v. d. Golz hält wieder in Mitau Parade ab und hält Ansprachen, worin er auf die „Schwierigkeiten“ hinweist, die ein weiteres „Verbleiben“ (des Räuberlebens) in Lettland im Gefolge hätte. Die Entente ist, wie schon gestern angedeutet, nicht gewillt, der v. d. Golzischen Komödie länger untätig zuzuschauen. Savas vertritt eine Meldung, wonach

„Foch beauftragt wurde, an Deutschland eine Note mit Ultimatumcharakter zu senden, durch die es aufgefordert werden soll, die nötigen Maßnahmen gegen die deutschen Truppen in Litauen zu treffen, für die es verantwortlich gemacht wird, und die es unverzüglich zurücknehmen muß.“

Die deutsche Regierung wird also für die militaristischen Exzesse des v. d. Golzischen Gefindels verantwortlich gemacht und aufgefordert, für sofortige Rückkehr der uniformierten Banditen zu sorgen. Welchen Schaden die Horden in Lettland angerichtet haben, deutet wieder einmal eine Darstellung des Vorwärts auf, der von einem aus Mitau zurückgekehrten Mitgliede der S. P. D. folgende Schilderung erhielt:

Die militaristische Bewegung im Baltikum wächst trotz des von der Regierung beabsichtigten Abzuges rasch an. Bis zum 10. September trafen täglich aus Deutschland zahlreiche Offiziere und Mannschaften ein, die in die Formationen eingereiht werden. Die Leute werden immer noch in Deutschland erworben und von zahlreichen Agenten, die fast durchweg Offiziersuniform tragen, mit gefälschten Urlaubsscheine versehen. Diese Werber haben unangenehme Urlaubsscheine bei sich, die sie nach Bedarf ausfertigen, um den Geworbenen eine Audienz nach Kurland zu ermöglichen. Wenn diese Pseudourlaubsscheine in den Grenzorten angehalten werden, finden sich kundige Führer, die sie zu Fuß über die Grenze geleiten. Der betreffende Genosse wurde selbst mit 50 Mann in Tilsit angehalten. Von einem sich dort aufhaltenden Offizier erhielten sie Instruktion und einen Führer, der sie aus dem Lager über die Grenze schaffte. Die Grenzposten kümmerten sich nicht um sie und waren anscheinend „gut instruiert“.

In Kurland sind selbst die kleinsten Orte ungemessen stark mit Truppen besetzt. Unser Gewährsmann behauptet, daß während des Krieges dort nicht zahlreichere Einquartierungen gelesen hätten als jetzt. Das Städtchen Bauske sei mit Soldaten überfüllt. Aus der Tendenz der Mitteilungen mache man dort kein Geheimnis mehr. In der dortigen Schreiftube beim Stabe des Kapitäns Sidwer von der 2. Infanteriebrigade der Baltischen Landwehr prangen große Plakate, die besagen, daß man kämpfe für das Kaiserreich gegen die Demokratie und wolle lieber sterben als ehrlos sein. Der Adjutant dieses Kapitäns äußerte unverhüllt, daß man bald Moske mit seinen Soldaten niederkämpfen werde. Dies sei leicht, da man genug Freunde bei den Kosketuppen habe. Man werde die verdammte demokratische Regierung mit all ihren Juden verfolgen und für die nötigen Pogrome sorgen. Das Kaiserreich werde dann wieder ausgerichtet, und dann sollen die Sozialdemokraten sehen, wie die Deutschen Ordnung machen.

Daß man beabsichtigt, im gegebenen Moment gegen die deutsche Regierung zu ziehen, spielen in Bauske und Mitau die Spähen von den Dächern. Um nicht vorzeitig offen Farbe bekennen zu müssen, läßt man einzelne Formationen zum Schein auf. In Wahrheit überführen man diese aber mit ihrem gesamten Bestand an Mannschaft und Material zur Koltschal-Armee.

Angelockt durch die glänzenden Versprechungen und das ziellose Wandernleben, das „Soldaten“ im Baltikum führen können, hat sich unter dem militarischen Deckmantel eine internationale Verbrecherbande zusammengefunden. In Sicherheit vor jeder Verfolgung sind dort viele arbeitsfähige Elemente zusammengekommen, die durch den Krieg jeder beständigen Lebensweise entwöhnt sind und oftmals recht viel auf dem Kerbholz haben. Die Folge hiervon ist, wie der zurückgekehrte Genosse uns berichtet, daß Raub und Plünderung die Haupttätigkeit dieser Zelle der angeblichen Truppen geworden ist. Der Tagesdienst ist Nebensache. Sowie es dunkelt, ziehen diese Elemente aus, um zu plündern. Die schwer gepörrte Bevölkerung muß alle Gewalttaten ruhig und widerstandslos über sich ergehen lassen, da sie den bewaffneten Haufen vollständig ausgeliefert ist, keine Mittel der Selbsthilfe besitzt und keine sie schützende Behörde oder Macht zur Seite hat.

Die ungeheuren Aufwendungen an Wohnung und Verpflegung lassen immer wieder die Frage aufstehen, wie und woher die Mittel beschafft werden. Nach zuverlässigen Angaben kostet das deutschbaltische Landesheer des Generals v. d. Golz täglich über 800 000 Mk. Wer bezahlt die gegenrevolutionäre Plündererhorde? Diese Frage muß von zuständiger Seite schleunigt beantwortet werden.

Es muß bitter für den Vorwärts sein, eine derartige Schilderung aus dem Reich des Herrn Moske zum besten zu geben. Jeder Zufuß zu den abermals aufgedeckten Verbrechen der gegenrevolutionären Soldateska im Baltikum, die den deutschen Namen befudeln, erübrigt sich. Bezeichnend bleibt es, daß die Regierung in blindwütigen Haß gegen den „Bolschewismus“ mit dem Mantel der Liebe die v. d. Golzischen Verbrechergestalten zudeckt und sie ruhig weitergewähren läßt.

Das Ergebnis der Schweizer Abstimmung

Der Eintritt in die dritte Internationale abgelehnt.
Genève, 18. September. (S. D. A.) Die Abstimmung der Sozialisten über den Eintritt in die dritte Internationale ist beendet. Von 30 000 Mitgliedern, die der Partei angehören, haben 22 000 an der Abstimmung teilgenommen, von denen sich 13 375 gegen und 8 280 für den Eintritt ausgesprochen haben.

Wien ohne Kohle.

Wien, 17. September. (Korr.-Bureau.) Heute nachmittags fand unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Renner eine Beratung über die unglückliche Kohlenlage Wiens statt. Es wurde beschlossen, daß vom 21. September ab der Strahenbahnverkehr vollständig eingestellt wird, daß alle Gas- und Kaffeehäuser und die Gastore um acht Uhr abends geschlossen werden, und daß alle elektrischen Fahrpläne außer Betrieb gesetzt werden.

Wucherfreiheit oder Zwangswirtschaft?

Wie schon so häufig in andern Ressorts der Regierungspolitik, so erlebten wir kürzlich auch in der Wirtschaftspolitik das erbauliche Schauspiel, daß sich zwei sozialdemokratische Minister und zwar der Reichswirtschaftsminister R. Schmidt und der preußische Landwirtschaftsminister Braun in der Frage der Zwangswirtschaft öffentlich beschiedeten. Nicht etwa dreht sich der Streit, wie man es von Sozialdemokraten eigentlich annehmen sollte, darum, wie die heutige nur auf dem Papier stehende Zwangs- und Rationierungswirtschaft fester ausgebaut und im Interesse der minderbemittelten Volksmehrheit schärfer durchgeführt werden könne, sondern das Maß des „Abbaus der Zwangswirtschaft“ ist der Differenzpunkt im Disput Schmidt-Braun. Beide sozialdemokratische Minister gestehen ein, daß unsere heutige Ernährungswirtschaft versagt hat. Braun will die Nöte beheben, indem er aus Gründen der „erschütterten Staatsautorität“ die öffentliche Bewirtschaftung mit dem Ziel des Abbaus „auf das notwendige Maß“ beschränkt, die Rationierung der Getreide, der Kartoffeln trotz gegenteiliger Erfahrungen mit der Freigabe des Obstes, Eier- und Fischhandels fallen läßt und durch „festzusetzende angemessene Preise“ dem Wucher zuvorzukommen sucht. Schmidt hingegen warnt an der Hand einiger lehrreicher Beispiele vor einer Lockerung der Rationierungswirtschaft, solange nicht durch den freien Handel eine Verbilligung der Lebensmittelpreise herbeigeführt würde. Als wenn das jemals der Fall sein könnte!

Die Ausführungen Schmidts, die von der Tendenz getragen sind, den produzierenden Agrariern gut zuzureden und es mit den kapitalgewaltigen Anhängern des freien Handels und der Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft nicht zu verderben, gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß durch die bisherige, einseitig kapitalistische, d. i. auf Profit bedachte Preisbildung bei dem allgemeinen Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen für die große Masse des Volkes eine ständige Verteuerung der Lebenshaltung eintrat. Schmidt weist das Interesse des heutigen Staats an dem Konsumentenstandpunkt nach, ohne jedoch dem „Standpunkt des Produzenten und des Handels“ als der wahren Quelle einseitiger Verteuerung und Warenverschwendung Fehde anzufügen. Es rächt sich auch hier die Inkonsistenz heutiger Regierungsweisheit, auf der einen Seite dem Kapitalismus freies Betätigungsfeld und Gewinnmöglichkeit zu geben und auf der andern Seite eine aus Angst vor dem allmächtigen Kapital lax durchgeführte Rationierung und Zwangswirtschaft weiterzuführen zu wollen.

Wie verbrecherisch und volksbetrügerisch die Freigabe gewisser Ernährungsmittel gewirkt hat, dafür stellt Schmidt eine Reihe für sich sprechender Belege zusammen. Während im Vorjahr ein Pfund Kefsel mit einem Höchstpreis von 60 Pfg. verkauft werden durfte, kostet heute im „freien Handel“ dasselbe Quantum 1.50 Mk. Die Eier stiegen von 70 Pfg. bei rationierter Wirtschaft auf 1.50 Mk. im „freien Handel“. Dasselbe Preisemporschnellen erleben wir bei den Fischen. Schellfische stiegen von 50—75 Pfg. pro Pfund auf 1.60 Mk., Heringe das Stück von 1 Mk. auf 2.50 Mk. usw.

Bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft würden ähnlich wie bei den eben angeführten Beispielen unsere notwendigen Ernährungsmittel in einer Weise im Preise emporschnellen, daß die minderbemittelte Bevölkerung in den Klauen der Lebensmittelwucherer am Hungertode zugrunde ginge. Schmidt berechnet, daß eine fünfköpfige Familie bei der heutigen Rationierungswirtschaft des Getreides wöchentlich für Brot 7 Mk. auslegt. Bei Freigabe des Getreidehandels, für den sich Herr Braun als „Sozialist“ erwärmt, hätte die gleichstarke Familie nahezu 16 Mk. in derselben Zeit aufzubringen. Der freigegebene Handel mit Lebensmitteln würde sich sofort analog dem Stande der Baluta — dem nach unserem Gelde umgerechneten hohen Stande des Auslandspreises anpassen. Die Folge würde ein Hochtreiben unserer wichtigsten Nahrungsmittel, wie Fleisch, Milch, Kartoffeln, Zucker um das Drei- und Fünffache sein, ohne daß es dem freien Handel möglich sein könnte, mehr Ware oder qualitativ bessere Ware auf den Markt zu bringen.

Das Geschrei nach dem „freien Handel“ ist nichts als das Verlangen nach Wucherfreiheit. Gerade die bisherigen Beispiele in der Freigabe des Obstes, der Eier, der Fische und letztlich gar der Getreide, zeigen zur Genüge, daß beim freien Handel der Konsument stets der Leidtragende

Amsterdam, 17. September. Allgemeines Handelsblatt meldet aus London, der Bergarbeiter-Bund werde im Verein mit der Leitung der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Kommission des Gewerkschafts-Kongresses im ganzen Lande einen Werksbesetzung der Rationalisierung der Kohlenbergwerke beginnen.

Sürgung in Elb-Lothringen.

Frankfurt a. M., 17. Sept. (Z. U.) Nach Meldungen aus Straßburg haben in verschiedenen Städten Arbeiterdemonstrationen für die Autonomie Elb-Lothringens stattgefunden. Die Bewegung dehnt sich immer weiter aus. Die Franzosen verhaften neuerlich 40 Personen wegen der Autonomiebestrebungen. Ueber Metz wurde erneut der verschärfte Besatzungsstand verhängt. Die öffentlichen Gebäude wurden militärisch besetzt.

Berlin, 18. Sept. Wie der Vorwärts berichtet, nimmt trotz starken Einschreitens der militärischen Behörden in Elb-Lothringen die Volkserhebung gegen die Einberufung zweier Jahrgänge kräftig zu. Die angekündigten Versammlungen wurden verboten. Eine Versammlung von Jungsozialisten in Mühlhausen wurde von Militär auselandergerissen.

Schwindelmeldungen über Braunschweig.

Braunschweig, 18. September. W. Z. B. meldet: Gestern Abend kam es hier mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Reichswehr und Spartakistischer (1) Elementen. Die Schwimmanstalt wurde in der zehnten Abendstunde aus dem nahen Walde beschossen (?) und ein Mann der Reichswehr dabei an der Hand verwundet. Zusammenstöße zwischen einzelnen Reichswehrlenten und Soldaten am Hauptbahnhof hatten dort große Menschenansammlungen zur Folge, die durch eine Abteilung Reichswehr zerstreut wurden. Auf dem Hauptbahnhof wurde eine Wache eingesetzt. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu starken Belästigungen einzelner Reichswehrlente. In den Straßen der südlichen Anlagen fielen vielfach Schüsse. Die Vorgänge sind anscheinend planmäßig von Spartakistischer Seite hervorgerufen. Es wurden mehrfach Matrosen mit roten Bändern (?) beobachtet. — Mit dieser Demonstration will man, scheinbar den Boden für eine neue Revolution in Braunschweig vorbereiten.

Lebensmittelpänderungen in Ksln.

Köln, 18. Sept. In großen Lebensmittelpänderungen kam es gestern in Ksln. Der Schaden ist noch nicht abschätzbar. Die Polizei war machtlos. Nach etwa zwei Stunden erschien ein Militärtrupp, das die Pänderer zerstreute, ohne doch es zu verhindern. Einige Verhaftungen konnten vorgenommen werden. Später belagerte die Menge das Rathaus, um die Verhafteten zu befreien. Der hiesige Führer der Unabhängigen beruhigte die Menge.

Einladung der deutschen Gewerkschaften zum Kongress in Washington.

Basel, 18. September. (Z. U.) Der Oberste Rat stellt es dem im Friedensvertrag vorgesehenen Arbeiterkongress in Washington frei, Delegierte der „vormals feindlichen Länder“ zuzulassen.

Am Berliner Gewerkschaftshaus hatten gerade vorgestern noch die Vertreter der deutschen Gewerkschaften über die Frage der Teilnahme Deutschlands an der Arbeiterkonferenz in Washington beraten. Sie sahen, der bekannter Antierdamer Entschlieung entsprechend, den Beschluß, daß die deutsche Arbeiterchaft sich an der Konferenz nicht beteiligen wird, falls sie gleich den Arbeiterverbänden anderer Länder dazu eingeladen wird. Die bloße Zulassung genüge den deutschen Arbeitern nicht, selbst wenn ihnen gestattet werden sollte mit abzukommen. Auch die österreichische Arbeiterchaft wird nur nach Empfang einer offiziellen Einladung und im Falle der Einladung der deutschen Gewerkschaften Delegierte nach Washington entsenden. Die spanischen und schweizerischen Arbeiterorganisationen haben beschlossen, sich an der Konferenz nicht zu beteiligen, wenn auch die deutschen und österreichischen Verbände eingeladen werden.

Deutschland.

Antrag auf Auslieferung Wilhelms II.

Genf, 18. September. (Z. U.) Nach dem Pariser Journal hat Lord George in Paris eine Aufforderung der Entente an Holland zur Auslieferung des deutschen Kaisers durchgesetzt.

Nach den widersprechenden Nachrichten der letzten Wochen scheint die Entente dennoch auf den Prozeß gegen Wilhelm Hohenzollern zu bestehen.

Kein Militär Erbesbesitz. Offiziell wird die alldente Schwindelmeldung über einen bevorstehenden Militär Erbesbesitz demontiert. — Er tut seinen Gegnern den Gefallen nicht.

Wahrgeschäfte amerikanischer Kapitalisten? Z. U. meldet, daß die Verhandlungen zwischen amerikanischen und deutschen Finanzleuten wegen einer „gründlichen Sanierung der deutschen Währungsangelegenheit“ im Hinblick auf die amerikanische Hilfe angedeutet werden sich Garantien für ihr Geschäft sichern — und die sind nicht vorhanden.

Politische Ansicht der Eisenbahner. Aus Frankfurt a. M. melden bürgerliche Blätter: Eine Tagung des Frankfurter Bezirks des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes hat nach einem Referat des Generalsekretärs des Verbandes Mittelberlin eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: Der Vertretertag gibt seinem lebhaftesten Bedauern Ausdruck über die bursantrauliche Verschleppung der Wirtschaftspolitik, über die beschlossene Einführung der ebenfalls unüberwindlichen und zwecklosen Arbeitszeit, über die tendenziösen und falschen Preisentwürfen über die Eisenbahnarbeiter, sowie über die geplante Ausnahmeregierung gegen die Eisenbahner. In allen diesen Vorjahren erblickt der Bezirkstag sichere Anzeichen einer kommenden Revolution.

Proletariat im besetzten Gebiet. Mittwoch morgen haben die Arbeiter des Westes, Gelsenkirchen-Essen bei Höchst den Generalstreik beschlossen zum Protest gegen die Maßnahmen der französischen Verwaltung im Kreise Höchst a. M. Der französische Kommandant wohnte der Versammlung bei und hat den Streik verboten. Die Arbeiter haben aber Mann für Mann das Werk verlassen.

Der „Staatsstreik“ in Birkenfeld. Wie die Frankfurter Zeitung vernimmt, ist die sogenannte Regierung Birkenfeld bereits vergangenen Sonnabend durch die alte Regierung, die vom Willen des ganzen Ländchens getragen wird, ersetzt worden. Der Umsturz in Birkenfeld sei auf eine Unterordnung von zwölf Vertretern der Birkenfelder Bevölkerung mit General Mangin zurückzuführen.

Streik der Kommunisten in Stadelheimer Gefängnis. Nach Münchener Blättern haben die Kommunisten, die im Stadelheimer Gefängnis ihre Bestrafung abgeben, einen regelrechten Streik organisiert und sich geweigert, in ihre Zellen zurückzukehren. Ingefallnisse, die ihnen vom Vorsteher des Gefängnisses gemacht wurden, wurden in einer geschlossenen Beratung verworfen und erklärt, sie würden sich ihr Recht schon auf andre Weise erzwingen. — Hiernach müssen die politischen Gefangenen sachte behandelt werden.

Kompromiß in Walsenburg. Die Köpings-Prophezie verbleibt, soll die Arbeiterchaft in Walsenburg herbeiführen, und die Arbeit wieder in vollem Umfange aufnehmen. Die Arbeiterchaft soll gleichzeitig ihren Widerstand gegen den Eintritt in die alten

Parteien gestiftete Einwohnerwehr aufgegeben haben. Die Truppen werden sobald als möglich aus Walsenburg zurückgezogen werden.

Benzinmangel. Die W. Z. a. M. meldet: Die steigende Not an Benzin und verwandten Betriebsstoffen und die Gefahr, daß wir etwa im Dezember vor einer Erschöpfung dieser Mittel stehen werden, wird radikale Maßnahmen der Regierung veranlassen. Es schweben u. a. Erwägungen darüber, den gesamten Antivertehr im ganzen Reich in der Zeit zwischen 12 und 6 Uhr morgens sowie während des ganzen Sonntags zu verbieten. Für Ärzte und ähnliche Kategorien werden voranschläglich die notwendigen Ausnahmen zugelassen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Nationalistische Erhebung in Aegypten.

Bern, 18. September. Die Zeitung des Ausschusses der nationalen ägyptischen Partei teilt den Blättern mit, daß die ägyptische Revolution von neuem eingeleitet habe. Die blutige Unterdrückung der letzten Erhebung in Aegypten durch die englischen Behörden habe zu einem Aufstand des ägyptischen Volkes ohne Unterschied der Klasse geführt.

Ein russischer Gegenrevolutionär geflohen. Die Humanität erfährt, daß Großfürst Michail Romanow, der Bruder des verstorbenen Zaren, aus Perm, wo er gefangen gehalten wurde, geflohen ist. Er befindet sich gegenwärtig im Hauptquartier Kollschaks und schickt sich an, die Rolle eines Thronprätendenten zu spielen. — Viel Glück wird er nach den andauernden Mißerfolgen Kollschaks nicht haben.

Japan soll seinen Haß herausgeben. Japanischen Blättern zufolge sollen die Vereinigten Staaten Japan aufgefordert haben, einen einschlägigen Zeitpunkt für die Rückgabe Kantschuns an China festzusetzen.

Ein Protest Dänemarks gegen Deutschland von der Entente anerkannt. Nach einem Telegramm aus Kopenhagen teilte der Minister für Schleswig-Holstein, in einer Kabinettsratssitzung des norddeutschen Wahlvereins mit, daß die Ministerien des Protest der dänischen Regierung gegen den Verkauf deutschen Staatsbesitzes in Schleswig anerkannt hätten.

Sie fühlen sich in Rußland nicht sicher. Das Neue Wiener Tagblatt berichtet aus Budapest, daß das Reaktionskabinett Friedrich beabsichtigt, mit Rücksicht darauf, daß Budapest unter fremder Besatzung steht, die Regierung des Landes nach Ungarn zu verlegen. — Sozialdemokratische Veröffentlicher einen Brief Friedrichs an einen Kommunistenführer aus der Zeit der Sowjetrepublik, woraus die jämmerliche Feigheit Friedrichs hervorgeht.

Die Rumänen tröhen zu Kreuze. Die rumänische Regierung soll sich bereit erklärt haben, die im Ultimatum angeführten Forderungen der Entente anzunehmen. Zwei Ententevertreter trafen in den nächsten Tagen in Budapest wieder ein, wo sich eine Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der Entente, einem Rumänen und einem Vertreter der ungarischen Regierung bilden wird, welche die Durchföhrung der Bestimmungen zu überwachern haben wird. Hauptächlich wird darauf gesehen, daß die von den Rumänen requirierten Güter wieder an ihre alten Besitzer zurückgegeben werden.

Keine Arbeiterbewegung in Elb-Lothringen. Dem Vorwärts wird gemeldet: Die für letzten Dienstag angekündigte Ausweitung der deutschen Arbeiter aus Elb-Lothringen ist infolge der drohenden Haltung der Arbeiterchaft von der französischen Militärbehörde auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Angelegenheit soll in der französischen Kammer entschieden werden.

Der Generalstreik in Marseille ist beendet.

Die Hafenarbeiter erhalten 10 Frank täglich und zwei Frank Feuerungszulage, bis ein Schlichtungsausschuß die Lohnfrage endgültig regelt.

England steht vor dem Bankrott. Lord Rothermere schreibt im Sunday Herald: Lloyd George wird sich sofort nach seiner Rückkehr aus Frankreich mit der Frage der Einschränkung der Ausgaben und mit der russischen Frage zu beschäftigen haben. England könne nicht mit dem letzten Budget bis zum März weiter wirtschaften. Für den Bankrott, von dem das Land bedroht werde, sei in erster Linie die Regierung verantwortlich. Lloyd George müsse sofort mit der notwendigen Ausgabe einer einschneidenden Einschränkung der Ausgaben beginnen. Rothermere schlägt vor, zur Abtragung der Schuld, die England in Amerika habe, den Vereinigten Staaten die Panama-Kanal, Panama- und einige westindische Inseln zu verkaufen. England könnte sogar die Nutzung von Britisch-Guayana und Britisch-Guayana anbieten. Das würde zwar für Englands Stolz ein Schlag sein, aber wenn jemand vor dem Bankrott stehe, verkaufe er einige seiner Ähren, man müsse sich nach der Tede strecken.

Aus der Partei.

Provinzialpartei in Hannover.

Am 14. September tagte der Parteitag der Provinz Hannover, der durch Delegierte der gesamten Provinz vertreten war.

Bezirkssekretär Pleitner stellte in einem Bericht über die Entwicklung der Partei fest, daß in den letzten drei Monaten durch mehrere Ortsgruppen sind durch das charakterlose Verhalten der Reichsozialisten geschlossen zur U. Z. P. D. übergetreten. Bei der Prüfung der finanziellen Lage der Partei erwähnte er, den Verpflichtungen gegen die Bezirksliste nachzukommen. Danach ging er auf die Aufgaben der Partei ein. Die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte sei die Kernfrage der Organisation; die Bildungsarbeit müsse durch Einführung von Kursen gefördert werden. Von der von Pleitner empfohlenen Schaffung eines Informationsblattes, das als Material zur Niederkämpfung der Lügen und Entstellungen dienen soll, mit denen die Reichsozialisten gegen die U. Z. P. D. arbeiten, wurde Abstand genommen, da Genosse Lautont vom Parteivorstand die Mitteilung machte, daß von der Zentrale in Kürze eine Parteipresse herausgegeben werden soll.

Es wurde beschlossen, zur Stärkung des Kampfes eine Kampfabteilung in 50 Abt. herauszugeben. Der vorgeschlagene Statutenentwurf für den Bezirk Hannover, laub mit einigen Änderungen die Zustimmung des Parteitags. Eingeleitet wurde über den Stand der neugegründeten Presse, das Volkrecht, diskutiert. Mit allen Kräften soll darauf hingearbeitet werden, die Zeitung auszubauen, um sie als starke Kampfwaffe gegen die Feinde des Sozialismus führen zu können. Genosse Redakteur Meyer gab einen kurzen Überblick über die politische Lage. Mit einem anfeindlichen Schlußwort und einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß Genosse Aderholz die Konferenz.

Der Parteitag war ein Beweis, daß auch in der Provinz Hannover die U. Z. P. D. marschiert. Auch die rechtsozialistische Däne Deutschlands, die hannoversche Dödsburg der Einheit und Genossen, wird bald der Vergangenheit angehören.

Eingelaufene Schriften.

Die neue Nummer der freien Welt. Das Bündnis zwischen Kirche und Militarismus, das im Arge so deutlich hervortreten ist, wird in der neuesten Nummer der freien Welt, der illustrierten Wochenschrift der U. Z. P. D. (Heft 18), in einem besonders krassen Beispiel illustriert. Das Titelbild zeigt einen englischen Kardinal, der an der Seite eines Generals eine Parade abnimmt. — In diesem Bilde kehrt ein Kreis: Politischer Stützenbankrott, den Karl Liebknecht 1913 geschrieben hat. — Der aktuelle Widerstand: Revolution gegen die Lebensmittelpreise in Paris, Adreusche Auktoren in England, Militär der Kriegsgefangenen, Russische Kriegsgefangene in Deutschland, Vertrags von Tschischow und Wjstegapell. — Eine illustrierte humoristische Anekdotenreihe: Revolution in Argentinien, von Rudolf Kohnen, Geniech, der Roman Josephs, Szenen aus der Zeit von Andrejew, Zeichnungen und Bilder ergänzen mit Unterhaltung den politischen Teil der Nummer.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Leipziger Buchdruckerhilfsarbeiter. In der am 17. September stattgefundenen überfüllten Versammlung wurde folgende Entschlieung gegen zwei Stimmen angenommen.

Die heutige überfüllte Versammlung des Buchdruckerhilfsvereins Leipzigs im Vantheon schloß sich mit den vorgeschlagenen Forderungen, für männliche 18 M. und für weibliche 12 M., einverstanden und ist gewillt, diese Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Sie erwarten allerdings von den Leipziger Buchdruckerbesitzern, daß sie in Anbetracht der niedrigen Löhne des Hilfspersonals im Vergleich zu den erhöhten Kosten der Lebenshaltung, diese berechnigte Forderung anerkennen.

Diese Forderung wird am 18. September früh in allen Buchdruckerien eingeleitet. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Leipzig des Verbandes der Buch- und Zeildruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Zeitungsträgerinnen.

Die vornehmste Errungenschaft beim kürzlich geföhrten Streik der Zeitungsträgerinnen war die Erlangung eines freien Tages in der Woche an Stelle des verlangten freien Sonntags. Den Unternehmern, denen damals viel daran gelegen war, den Streik schnell aus der Welt zu schaffen, tut wahrscheinlich die damals gemachte Zusage leid; sie versuchen jetzt auf jede Art und Weise den freien Tag illusorisch zu machen. Trotz der ausdrücklichen Versicherung den Verbandsvertreter gegenüber, daß am Montag keine Forderungen mehr ausgetragen werden sollen, glauben sie jetzt diese Forderungen dadurch umgehen zu können, daß, wenn sich keine Erträgerinnen für den Montag finden, die Verbandsvertreter sich verpflichten sollten, die sich meldenden Stammtägerinnen nicht hindern würden, die Zeitungen am Montag freiwillig auszutragen. Was es mit der „Freiwilligkeit“ auf sich hat, beweist schon, daß es dem Zureden der Herren gelungen ist, einige Quimale einzulangen, die gegen eine geringe Sondervergütung auf die 32 freien Tage verzichtet.

Eine am Mittwoch abgehaltene Versammlung der Trägerinnen der Leipziger Neuesten Nachrichten nahm zu dieser Angelegenheit Stellung und erklärte, daß an diesem freien Tage unbedingt festgehalten wird, und daß die Zeitungsträger verpflichtet sind, an diesen Tagen die Billetts für die Zeitungsträgerinnen zu sperren. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Steinfeger.

In der am 18. September abgehaltenen Mitgliederversammlung ließen sich die Leipziger Steinfeger von ihrem Delegierten, dem Gauleiter Göhre aus Halle, Bericht vom Gewerkschaftskongreß Müllberg erstatten. Göhre versuchte die Politik der Generalkommission zu verteidigen, sah aber damit bei der Versammlung keine Zustimmung. Die Zwischenrufe und die anschließende Diskussion wurden ihm bewiesen haben, daß die Leipziger Kollegen eine andre Auffassung über die Tätigkeit der Generalkommission haben. — Kollege Höper berichtete über die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen Gewährung einer weiteren Feuerungszulage. Wegen der immer mehr steigenden Lebensmittelpreise wurde Kollege Jäger beauftragt, an den Unternehmerverband einen Antrag auf Gewährung einer abnormalen Feuerungszulage zu stellen. Vom Unternehmerverband wurde die Zulage abgelehnt mit der Bemerkung, daß die Forderung an Erpressung grenze. Gleichzeitig wurde der bestehende Tarifvertrag zum 31. Dezember gekündigt. Ein Antrag der Arbeiter auf Einberufung einer Schlichtungsausschüßung wurde ebenfalls abgelehnt. Nun ist vom Verband der Schlichtungsausschüßung Leipzig anrufen worden, der über den Antrag zu entscheiden hat. Da der Antrag auf Gewährung einer Feuerungszulage auch für die Hilfsarbeiter gestellt war, ist auch der abgelehnte Tarifvertrag für die Hilfsarbeiter gekündigt worden. Hoffentlich stehen alle Kollegen und Hilfsarbeiter im Steinfegerberufe aus dem Verhalten der Unternehmer, die richtige Lehre.

Der Streik in der Rasthafe und beim südlichen Großmarkt ist als beendet anzusehen, da die Arbeit heute morgen wieder aufgenommen worden ist. Beim südlichen Großmarkt sind die Forderungen der Arbeiterchaft bewilligt worden. Die Großhändler, die anfangs jede Verhandlung rundweg abgelehnt haben, und dadurch die Arbeiterchaft zum Streik zwangen, haben sich nunmehr verhalten, in Verhandlungen einzutreten. Unter dieser Voraussetzung und besonders auch, weil sie die großen Lebensmittel, besonders die Obstvorräte, dem Verderben nicht preisgeben wollten, hat die Arbeiterchaft heute morgen die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

An den Unternehmern liegt es nun, das gegebene Versprechen einzuhalten und ihren Arbeitern ebenso wie beim Großmarkt entgegenzukommen. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Achtung, Fleißarbeiter! Die Hauspreise über die Firmen Hofmann und Horn sind aufgehoben, der Tariflohn wird gesenkt.

Die Sperre über die Firma Otto Friedrich bleibt bestehen, weiter ist die Firma Carl Schaaf gesperrt. Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Leipzig.

Übertritt des Schächlichen Postarbeiterbundes.

Den Anschluß an den Deutschen Transportarbeiterverband hat am 18. September der Bund der Postarbeiter Sachsen, Ets Dresden, vollzogen. Der Bund zählte über 2000 Mitglieder. Der Übertritt ist ein ernstliches Zeichen für die Erkenntnis, daß nur Stärke, reichliche Organisation die Interessen der Arbeiter zu wahren vermögen.

Arbeiterentlassungen auf der Kieler Reichswerft. Kiel, 17. September (Z. U.) Die Kieler Reichswerft entläßt in den nächsten Tagen 2000 Arbeiter wegen der Kohlennot.

Quittung.

Auf die Familien der handrechtlich Verurteilten gingen ein: Virgil 15/8 u. 1. 8. 8.; Arbeiter Brauerei Sternburg 72/20; Arbeiter Vereinsbrauerei 50.; Soldat Gleditzschmerl durch Naumann 120.; Kurt G. 2.; Arbeiter Brauerei Sternburg 20/50; Radiausfluß Oriskauer, Kleinshofer 02/55; Arbeiter Brauerei Müll 80.; Ets August Kleinshofer 10/05; D. G. E. 2/67; Nachtigall aus G. Hof Zaubers 34.; Engelhardt 2/80; Väterliche Solidarität 160/50; Geb. Schiffmann 40.; Großhofs 6/50; Nachparvi: Götterig 04/00; W. U. 2.; Firma Haars 3/80; Volkshaus 2. Rate 190.; Betr. Sitzung der Kampfer am 0. 0. 19. — 27. Ernst-Ruffel.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Kurt Geyer, Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Villr, Wundorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerhilfsarbeiterchaft.

Diese Nummer umfaßt 15 Seiten.

Wegen der Beisetzung des Inhabers unserer Firma bleiben
am Freitag, den 19. September
die Geschäfts- und Fabrikräume
geschlossen

H. Hollenkamp & Co., Leipzig

Rückmarsdorf u. Umgeg.

Freitag, den 19. September 1919, abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung
im Gasthof zum Sandberg.

1. Vortrag: Kirche und Schule. 2. Gemeindeangelegenheiten.
Zahlreiche Beteiligung der Einwohnerschaft erwartet
Der Vorstand des Ortsvereins.

Kommunistische Partei (Sp.-B.)
Ortsgr. Leipzig, Bezirk Osten.

Donnerstag, den 18. September, abends 1/8 Uhr,
im Restaur. Schiffchen, Ecke Hildegards u. Bollhoferstr.:

Mitglieder - Versammlung.

Referat. Gäste haben Zutritt.

Ankündigung.

Demnächst beginnt die Vortragsreihe über:
Die Herrschaftstendenzen der Führer in der
Arbeiterbewegung. (Zur Soziologie der Demokratie.)

1. Ist ein Führertum notwendig?
2. Der tatsächliche Herrschaftscharakter der Führer.
3. Psycholog. Rückwirkungen der Führer auf die Führerschaft.
4. Soziale Analyse der Führerschaft.
5. Verläufe zur vorbeugenden Verhinderung der Führermacht. (Räteystem.)
6. Synthese: Die Herrschaftstendenzen jeder Organisation. Redner: **Otto Müller.**

Diese 6 Vorträge finden wahrscheinlich im August-Schmidt-Haus statt. Die Teilnehmer haben nur gemeinschaftlich die Kosten zu tragen. Zur Teilnahme sind alle Sozialisten, die an diesen Kernfragen der sozialistischen Bewegung Interesse haben, eingeladen. Die Anmeldung muß in den nächsten Tagen in der Bücherstube der UNS-Genossenschaft (Eingang Schützenstraße) erfolgen.

UNS-Genossenschaft.

Sonnabend 1/8 Uhr spricht im August-Schmidt-Haus
Genosse **Otto Müller** über:

Der Sozialismus und seine Ideologien.
Mitglieder und Gäste sind hierzu eingeladen.

Boten - Fuhrwerk
und
Möbel-Transport

Jede Woche Boten-Fahren
Leipzig- | Leipzig- | Leipzig-
Wurzen | Eilenburg | Naunhof
und zurück nebst den daranliegenden Ortschaften.

Befördert werden:

Kisten, Fässer, Säcke, Körbe,
Möbelstücke usw.

Auch ganze Fahren hier und auswärts.

Sämtliche Fahren werden gut u. billig ausgeführt durch
Höpfners Boten-Fuhrwerk
u. Möbel-Transport, L.-Sellerh.
Wurzner Str. 77b u. Schützenhausstr. 18.
Telephon 9329

Geschäfts-Eröffnung.

Teile der geehrten Einwohnerschaft von **Plagwitz**
und Umgegend mit, daß ich vom heutigen Tage an
Zschochersche Straße 37 eine **Böttcherei**
betreibe. **Waschgefäße** in allen Größen zu billigsten
Preisen. Reparaturen aller Art.
Hochachtungsvoll **Fritz Hartmann.**

Unentbehrlich für Bibliotheken, Funktionäre,
Redner, Arbeiterräte und alle Revolutionäre!

DER
KLASSENKAMPF
IN RUSSLAND

Ein Beitrag zur Diktatur des Proletariats
und zur Entwicklungsgeschichte
der Arbeiterräte

Von Paul Böttcher
Preis 50 Pfennige

Alle Austräger und Filialen
der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
Abt. Buchhandlung, Tauchaer Strasse 19/21

Ortsverein L.-Kleinzschocher.

Heute Donnerstag, den 18. September, abends 7 Uhr

Öffentliche Versammlung

in der Terrasse.

Trennung von Staat und Kirche.

Austritt aus der Landeskirche.

Referent: Genosse **Karl Ryssel.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Arbeitslose!

Freitag, den 19. September 1919, vormittags 9 Uhr

Versammlung

in der Alberthalle (Krystallpalast).

Tagesordnung:

Neuwahl oder Ergänzungswahl des Erwerbslosenausschusses.

Zentral-Verband der

Maschinisten u. Seizer

Geschäftsstelle u. Arbeitsnachw.
weld: Volkshaus, Seizer Str. 12
Telephon 11, 8-12, Ref. 7512

l sowie Berufsgenossen

Geschäftsstelle: Werktags 8-12
und 3-7, Sonnabends 8-4,
Arbeitslos: 9-10 und 4-5.

z: Zahlstelle Leipzig

Sonnabend, den 20. September 1919, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung

im Volkshaus, Kolonnadenaal.

Tagesordnung:

1. Anstellung eines zweiten Boharbeamen.
 2. Vortrag über die Lohnbewegung der Maschinisten und Seizer im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier.
 3. Gewerkschaftliches.
- Unpünktliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Morgen Freitag, den 19. September, nachm. 4 1/2 Uhr

Freistehenden Musiker

im Volkshaus, Gesellschaftsaa.

Tagesordnung: 1. Bekanntgabe des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses und Stellungnahme hierzu. 2. Verschiedenes. Der Sektionsleiter.*

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Büreau im Volkshaus, Seizer Str. 12, 8-12, Arbeitsnachweis täglich von 1/2 9-10 Uhr vorm.

Büreauzeit: 9-12 Uhr vorm., 4-8 Uhr nachm., Sonnabends durchgeh. 9-3 Uhr. Teleph. 5497.

z: Zahlstelle Leipzig

Freitag, den 19. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9

Versammlung

der Arbeiterausschüsse und Betriebsvertrauensleute
der Bau- und Möbelbetriebe, sowie sämtlicher am
Reichstarif beteiligten Betriebe.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Verhalten der Unternehmer
in der Ferienfrage sowie Nichtanerkennung des Reichstarifs.

Jeder Betrieb muß vertreten sein. Delegiertenkarte oder Mitgliedsbuch sind
vorzulegen. Die Betriebsverwaltung.

Für eine neue Zeitung für den Wahlkreis Merseburg-
Querfurt werden per Mitte Oktober

ein Lokalredakteur
ein Geschäftsführer

gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüche sind an das Parteisekretariat
Merseburg, Seifnerstraße 4, einzureichen.



Königs-Pavillon

Promenadenstrasse 8 (Thomasring)
Fernruf 19271

Letzter Tag!

Leontine Kühnberg

in

Wehrlose Opfer

Detektivdrama in 4 Akten

„Die Lüge“

oder

Eine schamlose List

Sittendrama in 5 Akten

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt III Fernruf 19950

Letzter Tag!

Carola Toelle

in dem wunderbaren und herrlichen
5aktigen Drama

Die Insel der Glücklichen

Die Tragödie einer Mutter

Das ergreifende Lebensbild einer unglücklichen
Frau in 4 Akte in der Hauptrolle:

Lucia Grisetti

Welt-Theater

Barfußgasse (Markt)

Martha Novelly

in dem 4aktigen Sensationsdrama

Flitterdörtje

Die Tragödie einer Mutter

Ergreifendes Lebensbild einer
unglücklichen Frau in 4 Akte

„Reinhold Schünzel“

„Max Landa“

und

„Hanni Welsse“

in

Die Apachen

ab Freitag, 19. September,

nur im

„Königs-Pavillon“

Promenadenstrasse 8

(am Thomasring) Fernruf 19271

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. September.

Arbeitslose!

Freitag, 9 Uhr: Versammlung in der Albertshalle.

Parteiangelegenheiten.

Leipzig-Dt. Freitag, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärssitzung für den ganzen Bezirk in der Silberpappel, Kirchstraße.

Zionberg-Neureuditz. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, von der Bibliothek aus Flugblattverbreitung.

Aus dem Stadtparlament.

Die Tagesordnung der Mittwochssitzung war nicht sehr umfangreich; trotzdem dauerte die Sitzung lange und stürmisch war sie auch. Von den Eingängen nahmen sich Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie der Eingaben der Bureauangestellten und der Kleinrentner an. Bei der Beratung der Vorlagen über die Wahl der unbesoldeten Stadträte kam es zu einer langen Aussprache. Stadtv. von Wolfersdorff berichtete, daß die Ausschufträge einstimmig gefaßt worden sind. Abweichend von der Ratsvorlage forderten die Ausschüsse: Wahl der Stadträte für die Dauer von drei Jahren statt sechs, sofortige Wahl und Amtsantritt, Entschädigung für die Stadtverordneten von 1000 M., für die unbesoldeten Stadträte 1200 M. und für den Stadtverordnetenvorsteher 1800 M.; der Rat dagegen sollte für die Stadtverordneten nur 500, für unbesoldete Stadträte 750 und für den Vorsteher 1000 M. Aufwandsentschädigung gewähren. In den Ausschufverhandlungen wurde eingehend über die Berechtigung der Aufwandsentschädigung gesprochen. Es wurde dabei hervorgehoben, daß unter dem allgemeinen Wahlrecht die Bürger ohne Unterschied ihres Geldbeutels die Möglichkeit haben müssen, das Stadtvorordnetenmandat auszuüben. Dazu gehört aber, daß wenigstens für den Aufwand, der aus der Amtstätigkeit entsteht, eine Entschädigung gezahlt wird. Im Ausschuf war die Auffassung allgemein, daß mit den vom Rat vorgeschlagenen Sätzen der Aufwand auch nicht entfernt entschädigt wird. Das ergibt sich schon daraus, daß die Stadtverordneten in der Regel an zwei Abenden der Woche mit Ausschufberatungen und an einem Abend durch die Plenarsitzung in Anspruch genommen werden. Rechnet man 40 Plenarsitzungen im Jahr und doppelt soviel abendliche Ausschufsitzen, so ergeben sich mindestens 120 Abende. Bei einer Entschädigung von 500 M. entfallen dann auf einen Abend 4 M. Die Plenarsitzungen dauern meist vier bis fünf Stunden, wodurch sehr viele Stadtverordnete gezwungen sind, abends außerhalb ihrer Haushaltung zu essen. Dazu kommt noch, daß die Stadtverordneten bei ihren vielen Sitzungen auch die Kleider, Anzüge, Schuhe und Wäsche stark strapazieren und für all das sollten nach dem Rat 500 M. Aufwandsentschädigung ausreichen sein. Die reichen Pfefferkörner freilich brauchen für solche Aufwendungen keine Entschädigung. Viele von ihnen würden schließlich noch etwas herausgeben, damit sie Stadtverordnete würden. Wenn aber das allgemeine Wahlrecht keine Farce sein soll, dann müssen den gewählten Vertretern wenigstens die notwendigen Auslagen vergütet werden, weil sonst die ärmsten Bürger einfach aus materiellem Unvermögen ein solches Amt nicht annehmen können. Man hätte nach dem Gang der Ausschufverhandlungen erwarten müssen, daß über die Aufwandsentschädigung keine besondere Auseinandersetzung erfolgen würde. Das hätte auch der Würde des Kollegiums mehr entsprochen. Anfangs schien die Entschädigung auch keine Schwierigkeiten zu machen. Herr Professor Bennewitz erklärte zugleich für seinen Nachbar, daß sie beide grundsätzliche Gegner der Entschädigung seien, es müsse auch gepart werden. Demgegenüber vertrat Genosse Liebmann die grundsätzliche Zustimmung der unabhängigen Sozialdemokratie für die Aufwandsentschädigung, wobei er hervorhob, daß die Stellung des Herrn Professors Bennewitz durchaus verständlich sei, da er doch der alten Schule angehöre, die in der Ausübung des Stadtvorordnetenmandats ein Privileg der Besitzenden sah. Das war zugleich ein gutes Geschäft für diese Herrschaften, denn sie übten ihr Mandat aus, um die Interessen ihrer Klasse zu vertreten.

Ueberraschend kam dann die Erklärung des Stadtverordneten Graf, der im Auftrage der Demokraten und einer Anzahl bürgerlicher Stadtverordneter erklärte, daß sie gegen die Ausschufträge und für die Ratsvorlage eintreten. Daraus entspann sich eine lange Debatte, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligten und bei der sich Herr Mantel von den Privatangehörigen besonders dadurch blamierte, daß er mit übergeschwappter Stimme in den Saal schrie, er wolle keine Ueberstundenarbeit bezahlt haben. Genosse Liebmann sprach die Erwartung aus, daß die Herren und Damen, die gegen die höhere Entschädigung stimmten, den die 500 M. übersteigenden Betrag nicht annehmen würden. Darüber war Herr Mantel gar nicht erbaut. Er bemühte sich in geradezu herabsetzender Weise, das Kollegium zu veranlassen, im Ortsgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, nach der die Stadtverordneten gezwungen sein sollten, die beschlossene Aufwandsentschädigung anzunehmen. Stadtv. Pollender entwarf dieses durchsichtige Manöver, indem er sagte, das sei die Absicht, sich im Kollegium als Gegner der höheren Entschädigung zu gebärden und dann zu sagen: Ich muß das Geld nehmen. Herr Mantel und seine Gefinnungsfreunde wollen sich also auf den billigen Mann hinauspielen. Eine feine Sorte!

Es war ein unendlich geschmackloses und plummes Demagogenspiel, was dort im Stadtvorordnetenkollegium bei der Beratung der Vorlage getrieben wurde. Die Debatte wurde absichtlich über die Aufwandsentschädigung entfesselt, um die Befürworter der höheren Sätze zu diskreditieren. Die Absicht ist nicht gelungen, trotzdem auch der Oberbürgermeister dabei mitgeholfen hat, er muß wissen, daß 500 M. völlig unzureichend sind. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten 45 Stadtverordnete für die höheren Sätze und 20 dagegen. Wenn die Gegner der höheren Sätze nicht elende

Heuchelei getrieben haben, dann dürften sie die höheren Sätze auch nicht annehmen. Es wurde noch beschlossen, daß für ein Fernbleiben von einer Plenarsitzung 20 M. und für das Fernbleiben von einer Ausschufsitze 10 M. in Abzug gebracht werden. Im übrigen wurden die Ausschufanträge angenommen. Damit sind die Vertrauensmänner des Dreiklassenkollegiums endlich erledigt.

Am Schluß der Tagesordnung kam es noch zu einer stürmischen Auseinandersetzung bei einem Dringlichkeitsantrag über die Kohlennot. Der deutschnationale Stadtv. Börner begründete den Antrag. Die Forderung der unabhängigen Sozialdemokratie vertrat Genosse Schäfer in einer wirkungsvollen Rede, worin er auch eine Reihe praktischer Vorschläge zur Milderung der Kohlennot unterbreitete. Der schon erwähnte Herr Mantel glaubte offenbar, er habe sich bei dem vorigen Beratungsgegenstand noch nicht genug bloßgestellt, denn er behauptete, zur Linderung des Hungers gendete: „Ihre Leute beziehen zu Unrecht Kohle aus Fabriken und verkaufen sie zu Wucherpreisen.“ Darauf wurde ihm zugerufen: Namen nennen! Herr Mantel aber fesselte auf der Linken des Saales einen Sturm. Verleumder, Lügner und Schwindler mußte sich Herr Mantel in aller Öffentlichkeit nennen lassen. Man kann wohl sagen, daß noch nie im Stadtvorordnetenkollegium ein Stadtverordneter für seine dreisten, unbeweisbaren Behauptungen so gründlich, zugleich aber auch so verdient abgestraft worden ist. Das wird sich der Ehrenmann Mantel hoffentlich merken.

Sagen, der wilde Anton, benutzte die ganz unpassende Gelegenheit, mit Berferferwut nach hysterischer Weisheit eine ebenso häßlich wie überflüssige Zänkei gegen den Genossen Schäfer zum Zaune zu brechen. Schäfer soll in einer wer weiß wie lange zurückliegenden Sitzung irgendeines Ausschusses irgendeine Behauptung aufgestellt haben, die Anton in seiner hahnerfüllten Verblendung hervorzuheben, um in der öffentlichen Stadtvorordnetensitzung — wo niemand informiert war — dagegen zu polemisieren, wobei er noch obenrein gegen Genossen Schäfer den Vorwurf der Postenjägerei erhob. Ein widerliches Schauspiel, aufgeführt von einem widerlichen Gesellen. Wenn die Stadtverordneten vor diesem Menschen bewahrt geblieben wären, dann hätten auch die Rechtssozialisten dabei gewonnen.

Die Modenzellung im Dienste der Reaktion.

Die Reaktion bedient sich zur Verblüdung der Massen aller Mittel — einschließlich der Modenzellungen für die Frauenwelt. Die im Verlag von W. B. o. b. a. s. u. Co. erscheinende Panzerzeitung erweist sich da im Heft Nr. 38 ein starkes Stück, indem sie auf dem letzten Blatt sich an ihre Abonnentinnen wendet mit der letzten Ueberschrift: **Verirrt ist das!**

Das famose Blatt, das im Dienste keiner Partei zu stehen vorgibt, schilt die geistigen Qualitäten seiner Leserkinnen sehr niedrig ein, wenn es wirklich glaubt, mit seinen Heftchen gegen die Revolution Eindruck erzielen zu können. Wir bieten einige Proben **Wahnschäfer Volkswirtschaftung:**

„Die Regierung ermahnt zwar das Volk zur Arbeit, aber zu viele wollen nicht arbeiten, obgleich die Arbeit als die Religion der Sozialdemokratie erklärt wurde.“ Weiter heißt es: „Schon bei Ausbruch der Revolution haben wir unsere Abonnentinnen um allgütige Nachsicht gebeten, weil damals demobilisierte Soldaten und Matrosen in unsere Betriebe eindringen und die sofortige Schließung derselben erzwangen. Wenige Monate später mußten wir erneut um Nachsicht bitten und sagten damals in einer Ansprache an unsere Abonnentinnen:

„Im Interesse der Menschlichkeit wollen wir es versuchen, unseren Betrieb solange als möglich aufrechtzuerhalten, da das Schicksal von circa 2000 Frauen und Kindern unserer Angehörigen uns am Herzen liegt.“

Wenn auch viele Männer jetzt ansehend den Verstand verloren haben, so bitten wir die Frauen, der notleidenden Menschheit ihr Herz zu öffnen und die Religion des Erbarmens zu predigen, damit die deutsche Nation endlich wieder zum inneren Frieden kommen kann.“

Wie sehr der Firma das Wohl der Frauen und Kinder „am Herzen liegt“, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß anlässlich des Streiks der Buchhandlungsangestellten ein Drittel des Personals der Firma entlassen wurde.

Dies zur Aufklärung, damit die Behauptung der Firma **Wohnd:** „Die Geschäftsleitung arbeitet Tag und Nacht, um Lohn und Brot für die Angestellten zu schaffen.“ von vornherein als Phrasen entlarvt wird.

Ein Rolfrei.

Von bürgerlichen Zeitungschreibern, Politikern und Volkswirtschaftlern kann man täglich das Geschrei über die hohen Arbeiterlöhne und die Forderung nach Abbau der hohen Löhne hören. Dabei ist es eine feststehende Tatsache, daß es selbst in der Großstadt eine Menge Arbeiter gibt, die zu wahren Hungerlöhnen arbeiten müssen. Wie es in den Familien dieser Arbeiter aussieht, zeigt der folgende Rolfrei einer unglücklichen Mutter, der zugleich eine fürchterliche Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft und die scheinsozialistische Regierung darstellt. Die Frau schreibt:

„Ich bin Mutter von vier Kindern im Alter von sieben Wochen, 1 1/2 Jahr, 6 und 7 1/2 Jahren. Mein Mann ist am 3. Februar 1919 vom Militär entlassen, bis zum 13. Juni war er arbeitslos. Jetzt verdient er nach Abzug von Krankengeld und Verbandsbeiträgen wöchentlich 74 Mkr. Davon soll ich monatlich 27 Mkr. für Miete, 18 bis 20 Mkr. für Gas (das Kleinste soll aus Gesundheitsrückichten täglich gehadet werden), 10 bis 13 Mkr. für Kohle (ohne Holz), sowie 137.55 Mkr. für Steuern auf den ersten Termin bezahlen. Da bleiben mir zum Unterhalt der Familie wöchentlich noch 50 Mkr. Nebenbei will ich erwähnen, daß auch noch Schulden, die durch meine Entbindung entstanden sind, abbezahlt werden müssen. Ich bekomme wohl für die beiden Kleinsten täglich zwei Liter Milch, milche dann aber wöchentlich 11.94 Mkr. Milchgeld bezahlen, was mir unmöglich ist. Ich muß deshalb täglich bis zu 1/2 Liter Milch weggeben und diese den armen Kindern entziehen. Von mir selbst will ich gar nicht reden. Obgleich ich in ungenügender Menge und sehr nach der Geburt auch etwas mehr getrunken hätte. Ich kann nicht die Hälfte der Lebensmittel kaufen, die uns zusteht. Ich habe sogar schon öfter Mutter, Fett und selbst Brot von dem, was uns zusteht, verkaufen müssen, um nicht noch mehr in Schulden zu geraten. Die Kinder brauchen ja auch Kleidung usw. Mein Mann hat seine Gesundheit im Felde ruiniert. Anstatt sich nun etwas zurecht tun zu können, muß er arbeitslos mit trockenem Brot und Zwiebeln zur Arbeit gehen. Soll da einer Frau und Mutter das Herz nicht bluten! Es gibt zwar jetzt Obst, aber das können meine armen Kinder nur ansehen. Für uns wäre es wirklich besser, wir legten uns abends zu Bett, um früh nicht wieder zu erwachen. Soll da ein Vater noch Lust zur Arbeit haben, wenn sich selbst die Arbeitslosen beinahe besser haben. Diese sind wenigstens vom Steuern zahlen befreit und brauchen ihre Gesundheit nicht noch durch schwere Arbeit zu ruinieren. Soll ich

meinen armen Kindern die Milch und die andern zugekauften Lebensmittel noch weiter entziehen? Warum auf der einen Seite bittere Not, ja sogar Hunger, und auf der andern Seite Ueberfluß? Hat die Regierung kein Erbarmen mit uns Menschen? Was haben die armen unglücklichen Kinder getan, daß sie, nachdem sie kaum das Licht der Welt erblickt haben, schon hungern müssen? Kennt das ein Mensch Kinderknecht? Findet sich niemand, der diesen Kindern hilft?“

Ein Pfarrer, der sich krösel.

Am 15. September fand für die 27. Volksschule ein außerordentlicher Elternabend statt, in dem Herr Lehrer Schanze über: **Bestimmtheitsfreie (weltliche) Volksschule** sprach. In der Diskussion suchte Herr Pfarrer Kunze Vorbehalten für die Kirche zu sammeln, was ihm aber völlig daneben glückte. Der Herr Kunze tröstete sich damit, daß die Versammelten ja nur ein kleiner Teil — und zwar links gerichteter — von den vielen Eltern wären, die ihre Kinder zu ihm (dem Pfarrer) zur Konfirmation schicken. Die großen und kleinen Kirchenhelfer scheinen sich also ihrer Macht nach immer ziemlich sicher zu fühlen. Wenn die Eltern zur Klärung beitragen wollen, dann brauchen sie nur ihren Austritt aus der Kirche zu vollziehen.

Der Deutsche evangelische Kirchentag in Dresden hat Beschlüsse gefaßt, die selbst ein Pfarrer, als „treues Mitglied der Kirche“ bedauerte. Die Versammelten waren einstimmig der Ansicht: Die Schule muß frei sein von der Kirche, der Lehrstoff für die moralische und sittliche Erziehung unserer Kinder muß von ganz andern Gesichtspunkten aus aufgestellt werden. Mögen die Eltern und Erzieher mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Schule richten und ihren Einfluß geltend machen für die Erziehung eines freien Volkes.

Ein Heudrud der Leipziger Buchdrucker Aktiengesellschaft. Das bekannte Werk aus der Feder Franz Mehrings: **Schiller, Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter**, ist jetzt im Verlage der Leipziger Buchdrucker Aktiengesellschaft neu erschienen und kann durch alle Buchhandlungen und Zeitungsvertriebsstellen der Leipziger Volkszeitung bezogen werden. Der Preis beträgt 2 M.

Achtung, Baudelegierte! Die Ausweisarten zu den Sitzungen des Arbeiterrats sind im Bureau zu entnehmen.

Wichtig für Volkswirtschaft. Vom Deutschen Transport- und Verkehrsministerium Leipzig, Section Volkswirtschaft, wird uns mitgeteilt, daß laut Verfügung der Oberpostdirektion an die hiesigen Verkehrsämter die nach dem 1. April 1919 aus dem Post- und Telegraphendienst ausgeschiedenen Ausweisarten Anspruch auf Zahlung der im Juli d. J. erhöhten Sätze an Logiergeld, Teuerungszulage usw. für die Dauer ihrer dort innegehabten Beschäftigung haben. Die Nachzahlung für die Zeit vom 1. April 1919 bis zur erfolgten Entlassung geschieht aber nur dann, wenn die davon Betroffenen sich selbst direkt an das Postamt wenden, bei welchem sie damals beschäftigt gewesen sind. Die organisierten Kolleginnen und Kollegen können auf dem Verkehrsverein, Volkshaus, in der Zeit von 10-12 und 4-6 Uhr, nähere Auskunft darüber erhalten.

Zum Kauf auf der Ausstellung wird uns zu unserm Artikel in der Dienstag-Nummer vom Verkehrsrat der Kriegsmaterialgesellschaft mitgeteilt, daß der durch das Feuer angerichtete Schaden an den dort lagernden Metallen ganz gering sei. Die Bestände an Gummi, Leder usw. seien vom Feuer überhaupt nicht berührt worden. Bei den mitverbrannten Geschloßbüchsen handle es sich um Duplikate. Aus den Metalllagern würden der Industrie bankrott größere Mengen Metall zugeführt. Wenn die täglichen Lieferungen nicht noch größer seien, so liege das nur daran, daß nicht genügend Eisenbahnwagen zum Abtransport zur Verfügung gestellt werden könnten.

Städtische Bücherhallen. Den Besuchern der Städtischen Bücherhallen sind die außerordentlichen Uebelstände bekannt, die sich aus der gewaltigen Steigerung ihrer Benutzung für alle Kreise ergeben haben. Nachdem die städtischen Kollegien die hierzu erforderlichen Mittel bewilligt haben, sind die Bücherhallen nacheinander in der Lage, durch eine Neueinrichtung des gesamten öffentlichen Betriebes eine Verringerung der Verluste anzubahnen. Diese Neueinrichtung bringt für die Benutzer der Bücherhallen zunächst eine gewisse Beschränkung, insofern nämlich, als vom 22. September ab für einige Wochen keine Bücher aus der Ausleihsabteilung nach Hause gegeben werden können. Zugleich müssen sich sämtliche Leser, die nach diesem Zeitpunkt die Ausleihsabteilung wieder benutzen wollen, in der Zeit zwischen 22. September und 12. Oktober zur Neuaufnahme einmal persönlich in den Städtischen Bücherhallen einfinden. Die näheren Angaben hierüber finden die Leser in der amtlichen Bekanntmachung des Rates in der heutigen Nummer unseres Blattes.

Keine Verlegung der Michaelistagen. Wie uns das Schulamt mitteilt, hat es das Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht abgelehnt, die vom Räte zur Milderung der Kohlennot nachgesuchte Zusammenlegung der Michaelistagen mit den Weihnachtstagen zu genehmigen.

Zum Ankauf von Militärbeschädigungsküden schreibt uns die Heerespolizei: Von der Heerespolizei müssen vielfach Heeresgüter, insbesondere Militärbeschädigungsküden beschlagnahmt werden, die von den Betroffenen bei geeigneten wilden Händlern gekauft sind. Es ist vielfach im Publikum die Meinung verbreitet, daß ein solcher Ankauf berechtigt sei. Dies ist jedoch nicht der Fall; vielmehr muß jeder, der Militärbeschädigungsküden ankauf, sich ganz genau davon überzeugen, wo die betreffenden Sachen her sind, d. h. er muß entweder eine Bescheinigung vom Truppenteil, vom Reichswehrministerium oder einen sonstigen ordnungsmäßigen Nachweis darüber beibringen können. Im andern Falle mag er sich auf Grund der vom Reichswehramt erlassenen Bestimmungen freispar und zwar dadurch, daß er Heeresgut im Besitz hat, ohne einen ordnungsmäßigen Nachweis darüber zu besitzen. Außerdem hat er noch den Schaden dadurch, daß ihm die betreffenden Güter ohne Entschädigung weggenommen werden. Das Publikum wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, sich bei Ankauf von Beschädigungsküden, sowie auch jedes andern Heeresgutes vorher von der Zulässigkeit und Nützlichkeit des Verkaufes zu überzeugen und sich Namen und Adresse der Verkäufer zu merken.

Freiwillige Weiterversicherung zur Krankenversicherung. Um Zweifel zu beheben, sei darauf hinzuweisen, daß Vertriebsbeamte, Werkmeister und Angestellte in ähnlich gehobener Stellung sowie ferner Handlungsgehilfen, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher, welche zufolge Ueberschreitung des Jahresdienstentkommens von 3000 Mkr. (der Versicherungsgrenze) aus der Krankenversicherungspflicht auszufallen haben, ihre Mitgliedschaft durch freiwillige Weiterversicherung aufrechterhalten können, vorausgesetzt, daß sie in den dem Zeitpunkt der Beendigung des Versicherungsverhältnisses vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen auf Grund der Reichsversicherung versichert waren. Der Antrag zur Weiterversicherung würde seitens der Versicherten entweder schriftlich oder mündlich innerhalb der vorgeschriebenen Frist von drei Wochen nach dem Auscheiden aus dem Versicherungsverhältnis bei der zuständigen Ortskontenklasse, das heißt, der Kasse, der der Versicherte zuletzt im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem versicherungspflichtigen Verhältnis angehörte, zu stellen sein. Für in Leipzig und den einverleibten Vororten Beschäftigte würde die Allgemeine Ortskontenklasse für die Stadt Leipzig, Gellertstraße 7/9, in Frage kommen.

Weitere erhöhte Postgebühren. Zu den Gebührenerhöhungen der Post am 1. Oktober kommen weitere, die bisher nicht bekannt waren oder wenigstens nicht beachtet worden sind. So sind die Gebühren für Postlagerkarten von 25 Pfg. auf 1 Mkr. erhöht, ebenso die für

mit, die am 2. v. M. in Dresden stattgefunden hat und in welcher man sich darüber einig wurde, daß die Lebensmittelpreisverteilung den Bergbauischen Verein nicht mehr zu verlassen sei. Auch brachte der Vorsitzende zur Sprache, daß der Geschäftsführer des Bergbauischen Vereins, Puppe, sechs an den Reichsrat abgeleitete, 400 Arbeitsstunden umfassende Listen unbedenklicher Weise hat abfahren lassen und diese Unterschlüpfung (wie es einige Konferenzteilnehmer bezeichneten) seit dem 18. August veröffentlicht hat, bis sie jetzt endlich entdeckt wurden. Die Konferenz war darüber so irritiert, daß sie beschloß, Klagen gegen den Bergbauischen Verein zu erheben. Weiter wurde berichtet, daß mit einer Konferenz im Monat nicht mehr auskommen sei. Es soll deshalb eine weitere stattfinden. Der Geschäftsführer ging in seinem Bericht mit längeren Ausführungen nochmals auf den Streit auf Grund Besetzung ein. Er betonte dabei, daß sich dieser Streit sehr gut hätte vermeiden lassen, wenn man von beiden Seiten nicht von dem notwendigen Standpunkt abgewichen wäre. Er sprach sich dann auch über das inkorrekte Verhalten der Gewerkschaftsführer bei diesen Verhandlungen aus. Dasselbe tat dann auch der anwesende Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Wunderrich aus Altenburg. Dann wurde eine Erörterung des Reichsrats vorgenommen. Zum 3. Punkt wurde der neue Betriebsratsgesetzentwurf und die Reichratsabstimmung besprochen. Trotzdem Wunderrich den genannten Entwurf als einen Fortschritt bezeichnet, war die Konferenz der Ansicht, daß dieser Gesetzentwurf keineswegs den revolutionären Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt. Unter Verhinderung eines Ingenieur Eichs darauf hin, daß unter den Angehörigen der Bergbauischen Vereinigung kein Widerspruch vorhanden sei, und daß vor allen Dingen ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitern und Angestellten hergestellt werden muß, um im beiderseitigen Interesse weiter vorwärts zu kommen. Die Meinungsverschiedenheiten über den alten Gewerkschaftsstandpunkt und die neue Räteorganisation veranlaßten es, daß die Konferenz ziemlich acht Stunden dauerte. Um aber den Kräfteverlust der Teilnehmer an den Betriebsratskonferenzen nicht zu vergrößern, sollen künftig derartige Fragen in denselben nicht mehr erörtert werden. Der ausführliche Resolutionsentwurf wird durch vervielfältigtes Protokoll den Betriebsräten zugehen.

Bezirksrat des Leipzig-Bornaer Braunkohlenreviers.

Ein Beitrag zur Frage der Kohlennot.

Die Verhältnisse im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier, das für den Hausbrand sehr wichtig ist, sind ein Schulbeispiel dafür, wie verlogen die Behauptung ist, den Arbeitern sei die Schuld an der Kohlennot zuzuschreiben. Gerade in den letzten Tagen kommen aus verschiedenen Gegenden des Reviers Meldungen, daß die Wagenstellung immer mangelhafter wird und an manchen Tagen bereits weniger als ein Drittel des angeforderten Vorrates betrug. Die Werte haben deshalb auf eine Verbilligung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung die Verladung von Hochbraunkohle vollkommener eingestellt, und es werden nicht unerhebliche Mengen fertiger Kohle Brückens aufgestapelt. Am Niederrhein über Revier ist die Lage noch dadurch erheblich verschlechtert, daß die Röhlpfenn-Flinstenwalder Eisenbahn wegen Mangel an Steinkohle den Güterverkehr vollständig einstellen mußte. Sämt man dazu die Feststellung des preussischen Ministers, daß die Arbeitsleistung der Bergarbeiter diejenige von 1917 wieder erreicht hat, dann kann man den Wert des Geldpreises über die „Arbeitsleistung“ der Bergarbeiter richtig ermessen.

Otto Mühlke verhaftet.

Dresden, 17. September. (Z. U.) Offiziell wird gemeldet: Der bekannte Kommunistenführer und frühere Landtagsabgeordnete Otto Mühlke ist neuerlich verhaftet worden, weil er durch Reden und Flugblätter auf den Sturz der Regierung Brodners in Sachsen hingearbeitet hat. — Großartig. Mit solch abnormen Gründen will man die unerhörte Freiheitsberaubung entschuldigen.

Aus den Nachbargebieten.

Ein vorbildlicher Kreis.

Wie bereits gemeldet, wurde im Saalkreis (Landkreis Halle) von der Regierung der bei der dortigen Bevölkerung geradezu verhängte Sozialpatriotische Ziele zum Landrat ernannt. Diese Proklamation wurde in der Sitzung des Kreisrates am 15. September gekühnend gefeiert. Die Vertreter der U. S. P. gaben folgende Erklärung ab: Nachdem der bisherige Landrat des Saalkreises, Herr von Krosigk, von seinem Amte zurückgetreten ist, hat sich die Regierung und zwar mit Außerachtlassung der bisherigen, zwar total veralteten, gleichwohl Bestimmung veranlaßt gesehen, für den Kreis einen Landrat zu bestellen, der mit seiner politischen Anschauung in erheblichem Widerspruch steht zu der übergesunden Mehrheit der Kreisangehörigen. Die Kreisratsaktion der U. S. P. (24 von 86 Kreisratsabgeordneten) erhebt deshalb schärfsten Protest:

1. gegen die Art der Neubesetzung des Landratspostens, 2. erkennen sie in der Person des Herrn Mühlke nicht den geeigneten Mann, die Kreisgeschäfte im Sinne der Mehrheit der Einwohnerheit des Saalkreises zu leiten. — Ferner fordert sie wiederholt Vorschlags- und Wahlrecht für die Besetzung des Landratspostens, letzteres auf möglichst breiter und demokratischer Grundlage, damit dem Volksempfinden in jeder Beziehung Rechnung getragen wird. Die Verwaltung des Saalkreises wird nunmehr völlig von unseren Genossen geleitet. Sämtliche Amtsvorgänge, mit Ausnahme eines Bezirkes, dessen Amtsvorsteher besetzt wird, sind dem Herrn Mühlke übertragen. Zu Kreisdeputierten wurden ebenfalls zwei Genossen gewählt. Von den Provinziallandtagsabgeordneten stellen auf die Liste unserer Partei zwei und auf die bürgerliche Liste ein Vertreter. In diesem Kreise wird Herr Adolf Zehle, der Sozialdemokrat, eine heile Freude erleben.

Aus dem Stadtverordnetenjaal.

Sitzung vom 17. September 1919.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung heißt der Vorsitzende Seger den an Stelle Mühlkes neu in das Kollegium eingetretenen Stadtv. Staubinger (Rechtslos.) willkommen. — Unter den Eingängen befindet sich eine Eingabe der Arbeiterlosen, die über die Leistung von Nebenstunden in städtischen Betrieben Beschwerde führt. Stadtv. Liebmann (U. S. P.) macht die Eingabe zur Kenntnis. — Einer Eingabe des Leipziger Lehrervereins wegen der Regelung des Wohnungsgeldes für auswärtig wohnende Lehrer nimmt sich Stadtv. Vahst (U. S. P.) an.

Ohne Debatte wurden u. a. folgende Gegenstände der Tagesordnung erledigt: Bewilligung von 71 000 M. zur Anschaffung von Wäsche und Bekleidungsgegenständen für die Kranenhausener St. Jakob und St. Georg. — Bewilligung von 70 500 M. als Beihilfen an die Leipziger Kruppenvereinigungen. Dabei wird ein Antrag angenommen, der den Rat um Übernahme der Kasernenverwaltung der Kruppen ersucht. — Die Übernahme der Angestelltenversicherungsbeiträge für die im Kanzlei-, Kassen-, technischen Dienst usw. beschäftigten Kriegsanstaltsangehörigen vom 1. Januar 1919 an auf den Haushaltsplan und die Nachbewilligung von 375 000 M. für das laufende Jahr wurden beschlossen. — Gewährung eines mit 4% Prozent zu verzinsenden, in jährlichen Raten von 10 000 M. bis zum 1. August 1924 zurückzahlenden Darlehens von 150 000 M. aus Stammvermögen an die Gemeinnützige Baugesellschaft Aktiengesellschaft in R. Köpzig. — Nachbewilligung von 60 000 M. zur Deckung des im Jahre 1918 entstandenen Fehlbetrages im Kinderkrankenhaus. — Bewilligung eines weiteren Berechnungsgeldes von 150 000 M. für Mietbeihilfen an bedürftige Kriegervfamilien. — Nachbewilligung von 60 000 M. für die Entsendung von Stadtkindern aus Land im Jahre 1919. — Nachbewilligung von 18 000 M. zur Anschaffung und Verbesserung von Schulgerät in 60 Volksschulen.

Dann folgt die Beratung des Ortsgesetzes über die Wahl der unbesoldeten Ratsmitglieder, der Mitglieder der gemischten Ausschüsse und die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an unbesoldete Ratsmitglieder und Stadtverordnete. Das von dem Vorsitzenden vorgelegte

Änderungsvorschläge haben die Wahlen der unbesoldeten Stadträte und der gemischten Ausschüsse durch die Stadtverordneten nach den Grundzügen der Verhältnisse festzustellen. Die Ausschüsse der unbesoldeten Stadträte soll auf drei Jahre herabgesetzt werden. Die vorgesehene Aufwandsentschädigung soll erhöht werden für Stadträte auf 1000 M., für unbesoldete Ratsmitglieder auf 1200 M. und für den Stadtratsordnungs-Vorsitzer auf 1800 M. jährlich. Für jede verfallene Ratsperiode soll unbesoldeten Stadträte und Stadtverordneten zehn Mark gezahlt werden. Ferner beantragt der Ausschuss die Einführung eines besonderen § 18, der bestimmt: „Dieses Ortsgesetz tritt sofort in Kraft. Die Neuwahlen der unbesoldeten Ratsmitglieder ist zum Zwecke des sofortigen Amtsantritts unverzüglich nach der oberbehördlichen Genehmigung dieses Ortsgesetzes vorzunehmen.“

In der Debatte erklärt Stadtv. Dr. Bennewitz (Deutschnat.), daß er ein grundsätzlicher Gegner der Gewährung von Entschädigungen für die ehrenamtliche Tätigkeit der Stadträte und Stadtverordneten sei. Außerdem erscheine ihm die Entschädigung rechtlich hoch. Die Gesamtschulden würden nahezu 100 000 M. betragen. Das Verträge sich nicht mit der den Wählern gelobten Sparbarkeit. Außerdem entstehe die Gefahr, daß auch andere Körperschaften, z. B. die Mitglieder des neuen Arbeiterrats, für ihre „höher erfolgreiche Arbeit“ Entschädigungen beanspruchten.

Stadtv. Liebmann (U. S. P.) wendet sich gegen Dr. Bennewitz, der der alten Schule angehöre. Früher hätten die bürgerlichen Vertreter in den Klassenparlamenten die Interessen ihrer Klasse ehrenamtlich und ohne Entschädigung wahrnehmen können, weil sie über reichliche andere Einnahmen verfügten. Die jetzt in größerer Zahl in die Stadtparlamente eingetretenen Arbeitervertreter seien nicht in der Lage, den gesamten erforderlichen Aufwand allein zu tragen. Selbst der Rat habe die Notwendigkeit der Aufwandsentschädigung anerkennen müssen. Aber die von ihm für die Stadtverordneten vorgeschlagene Entschädigungssumme von 500 M. für das Jahr sei zu gering. In anderen deutschen Städten würden schon seit längerer Zeit höhere Entschädigungen gezahlt. Die Meinung liegt auch im Interesse der Wähler selbst, die dann bei der Auswahl ihrer Kandidaten freier verfahren könnten. Die Angriffe des Stadtv. Dr. Bennewitz auf den Arbeiterrat seien ganz unverständlich. Dieser lehnt jetzt z. B. durch seine Kontrolle der besseren Kaffeehäuser, Konditoreien usw. eine sehr nützliche Arbeit.

Stadtv. Dr. Jereimas (Deutschnat.) erklärt, daß er grundsätzlich gegen die Gewährung von Entschädigungen sei. Im jetzigen sozialen Zustand sei aber die Aufwandsentschädigung notwendig. Man müsse jedoch dafür sorgen, daß durch zu hohe Entschädigungssummen niemand angereizt werde, dieser Entschädigung wegen ein solches Ehrenamt anzunehmen. Er empfehle deshalb die geringeren Sätze der Ratvorsorge zur Annahme.

Stadtv. Graf (Dem.) stimmt dem Vorredner zu. Die Entschädigungssumme dürfe nicht so hoch sein, daß sie eine Art Belohnung darstelle oder zu einer Vereinerung führe. Er stellt den Antrag, für den Stadtverordnetenvorsteher 1500 M. zu bewilligen, im übrigen den Sätzen der Ratvorsorge zuzustimmen.

Stadtv. Hagen (Rechtslos.) meint, daß es nicht nur Sparmaßregeln sind, sondern auch andere Gründe seien, die die bürgerlichen zu ihrer Stellungnahme veranlassen. Früher habe das Bürgerturn durch Klassenwahlrechte die Vertreter der Arbeiter aus dem Parlament ferngehalten. Jetzt sei eine Milderung eingetreten, die Arbeiter könnten in der Stadtverwaltung mitarbeiten. Dafür müsse man ihnen aber eine angemessene Entschädigung zubilligen. Früher habe man für unzulässige Zwecke viel größere Summen aus städtischen Mitteln bewilligt.

Stadtv. Vollenet (Rechtslos.) wendet sich gegen die bürgerlichen Vertreter, die jetzt in der Öffentlichkeit gegen die Aufwandsentschädigung auftraten. Bekannte und gut bezahlte Beamte könnten ja auf die Entschädigung verzichten. Darüber, was eine „angemessene“ Entschädigung sei, könne man verschiedener Meinung sein, da ja auch die Tätigkeit der einzelnen Vertreter ganz verschieden sei. Bezeichnend sei es, daß Herren, die vor einigen Wochen die Sätze der Ratvorsorge als ungenügend und für die Stadtverordneten beklagend angesehen hätten, jetzt gegen eine angemessene Erhöhung dieser Sätze seien. Der Redner beantragt über die Entschädigungssätze eine namentliche Abstimmung.

Oberbürgermeister Dr. Roth erklärt, daß der Rat der Beratung der Wahlperiode für die unbesoldeten Stadträte von sechs auf drei Jahre wohl zustimmen werde. Die Aufwandsentschädigung halte der Rat für nötig, doch dürften nur tatsächliche Aufwendungen entschädigt werden. Auf Grund seiner eigenen persönlichen Erfahrungen als Stadtverordneter halte er 500 M. für angemessen. Eine höhere Entschädigung habe der Rat deshalb nicht vorschlagen können, weil er nach seiner Meinung sonst der Ehre der Stadtverordneten zu nahe getreten wäre. Das Inkrafttreten des Gesetzes sollte man auf den 1. Januar verschieben. Die jetzigen unbesoldeten Stadträte hätten zum Teil sehr wichtige Posten inne, in denen sie nicht ohne weiteres ersetzt werden könnten. Die Stadträte selbst führten allerdings ihre Ämter nur noch auf Wunsch des Oberbürgermeisters weiter. Sie würden froh sein, wenn sie recht bald zurücktreten könnten. Im Interesse der Stadt liege das aber nicht.

Stadtv. Vollenet (Rechtslos.) findet die Entschädigung von 1000 M. zu hoch. Er meint, die Stellung des Stadtverordneten werde danach gewertet, was er für Opfer bringe. Die Regelung nach dem Aufwandsantrag gleiche einer Lieberhabungsbezahlung. Die Sätze der Ratvorsorge seien ausreichend.

Stadtv. Graf (Dem.) bestreitet, daß seine Fraktion nur aus Sparmaßregeln die höhere Entschädigung ablehne. Stadtv. Hagen (Rechtslos.) wendet sich gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters und fordert, daß die Neuwahlen der Stadträte so schnell als möglich vorgenommen werden.

Stadtv. Liebmann (U. S. P.) weist die Ausführungen des Oberbürgermeisters zurück, daß durch eine höhere Entschädigung als die vom Rat vorgesehene die Ehre der Stadtverordneten verläßt werde. Von einer Vereinerung könne auch bei den höheren Sätzen keine Rede sein. Wer gegen die Bewilligung von 1000 M. sei, müsse konsequenterweise auch die Annahme des höheren Betrages verweigern. Wenn die alten unbesoldeten Stadträte ihren baldigen Rücktritt wünschten, so könne er erklären, daß seine Fraktion den gleichen Wunsch habe. Wenn man dem Oberbürgermeister folgen wolle, müsse man mit der Neubesetzung warten, bis die ganze Kriegswirtschaft abgehandelt sei. Solange könne man aber nicht warten. Die Vertrauensmänner des alten Dreiklassenparlamentes müßten schnellstens aus dem Räte verschwinden und Vertrauensmänner des neuen Kollegiums müßten hineinkommen.

Stadtv. Dr. Vrecht (Dem.) bringt juristische Bedenken gegen einige Fassungen des Ortsgesetzes zum Ausdruck und beantragt formale Änderungen.

Stadtv. Dr. Jereimas (Deutschnat.) meint, wenn man dem Vorschlage Liebmanns folgen wolle, würde es „billig“ und „teure“ Stadtverordnete geben.

Stadtv. Heintze (B. Bürger-Aussch.) hält die Summe von 500 M. für zu gering. Er schlägt vor, für das Verfallende jeder Menar- und Aufwandsentschädigung 10 M. abzuziehen.

Stadtv. Dr. Graf (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen der Stadtv. Liebmann und Heintze. Er stellt den Antrag, für jede verfallene Ratsperiode 20 M. in Abzug zu bringen.

Nach einer weiteren Bemerkung des Stadtv. Heintze wird die Abstimmung vorgenommen. Der Antrag auf Zahlung der Aufwandsentschädigung in der vom Ausschuss beantragten Höhe wird mit dem Zusatzantrag auf Abzug von 20 M. für jede Ratsperiode und 10 M. für jede Aufwandsentschädigung in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 20 Stimmen angenommen. Der neue § 18, der die sofortige Neuwahl der Stadträte vorschreibt, findet gegen einige bürgerliche Stimmen Annahme. Am folgenden werden die sonstigen Aufwandsanträge einstimmig und die Gesamtvorlage gegen zwei Stimmen angenommen.

Eingaben.

Ohne Debatte erfolgte Zustimmung zu folgenden Eingaben im Sinne der Aufwandsanträge:

Eingaben wegen Befreiung der oberen städtischen Vermehrungsstellen mit Retireten aller wissenschaftlich gebildeten Berufe. Der Verfassungsausschuss beantragt, die Eingaben dem Räte zur Erörterung zu überweisen.

Eingaben wegen der außeramtlichen Nebenbeschäftigung der technischen Beamten und Angestellten. Der Hochbau- und Tiefbauausschuss beantragt, die Eingaben dem Räte zur Berücksichtigung zu überweisen.

Eingabe wegen Veranlassung von Wettbewerben unter den in Leipzig ansässigen selbständigen Architekten usw. Der Hochbau- und Tiefbauausschuss beantragt, die Eingabe dem Räte zur Kenntnis zu überweisen.

Eine Kohlenballe.

Ein Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen veranlaßt eine längere Aussprache über die Kohlenversorgung. Der Antrag lautet: „Die Stadtverordneten beantragen, den Rat um Auskunft zu ersuchen, ob er festgestellt hat, inwiefern sich die in den Zeitungen verbreiteten Nachrichten über das Vorhandensein größerer, dem Verberben ausgelegter Mengen Kohle in Meuselwitz und Bornaer Kohlenbezirk bewahrheiten und ob er Schritte unternommen hat, beim Reichskohlenkommissar die Wiedereinführung der Landbezugs Scheine zu erwirken.“

Stadtv. Börner (Dnat.) begründet den Antrag. Oberbürgermeister Dr. Roth: Über den Landbezug sind in der Bevölkerung ganz irrtümliche Meinungen verbreitet. Für den Landbezug waren der Stadt 5000 Tonnen Kohle freigegeben. Die 5000 Tonnen sind jetzt voll bezogen und der Landbezug ist vom Reichskohlenkommissar gesperrt worden. Jetzt ist ein Bescheid gekommen, daß ein Anteil der Menge noch im Landbezug bezogen werden kann. Diese Menge soll in den nächsten Tagen zur Belieferung freigegeben werden.

Stadtv. Schäfer (U. S. P.): Der Antrag gibt mir Anlaß, einiges über die Versorgung und Förderung der Kohlenmengen zu sagen. Ueber den Kohlenmangel werden der Öffentlichkeit Dinge mitgeteilt, die mit der Wahrheit auf recht gespanntem Fuße stehen. Nicht die Falschheit der Arbeiter ist die Ursache der Krise. Im Orte ist ein unerhörter Raubbau mit der Kohle getrieben worden. Selbst Sachverständige haben erklärt, daß es mit den Mefordleistungen in der Förderung vorüber ist. Es werden jetzt Risse mit geringem Wert abgebaut und es ist nachgewiesen, daß die Unternehmer die Kohlenförderung absichtlich sabotieren. Redner weist die Angriffe auf die Bergarbeiter zurück. Von uns ist schon immer auf die Ungerechtigkeit in der Kohlenverteilung hingewiesen worden. Man kann nicht beobachten, daß Kohlenfuhrschleulen sich dort stauten, wo große Mengen Kohle abgeladen werden. Der Arbeiterrat hat schon länger gefordert, daß strengere Prüfungen vorgenommen werden sollen. Die jetzige Kontrolle ist ein Schlag ins Wasser. Redner verliest eine Anzahl Stellen in Leipzig, wo große Kohlenmengen vorhanden sind. Sämtlicher Landbezug ist zu beschlagnahmen, ebenso die Deputatkohle und die sogenannte „erparierte“ Kohle. Das ist unbedingt notwendig, daß die Hausbrandkohle sichergestellt wird. Der Rat hat nun als Befehl für die Kohle Holzlieferung in Aussicht genommen. Wir hatten früher schon einmal angeregt, Holz zu schlagen. Damals wurde uns gesagt, daß man das grüne Holz nicht brennen könne. Der Rat soll auch den Einwohnern, die im Norden und Osten wohnen, das Holz leicht zugänglich machen. Es gibt sehr wohl Mittel und Wege, an Brennmaterial erspart zu werden. Die Kinos müssen geschlossen und der Theaterbetrieb einschränkt werden. Kirchen, Vergnügungs- und Tanzlokale darf keine Kohle zur Verfügung gestellt werden. Durch die Zentralisation der Buchdruckerei und das Zusammenlegen der Bädereien können ebenfalls noch große Mengen Kohle erspart werden.

Stadtv. Hagen (Soz.) trägt an, was mit den Kohlen werden soll, die in die Turnhalle gebracht worden sind. Redner weist einen früheren Ausdruck des Stadtv. Schäfer zurück, nach dem die städtische und auch die Reichsregierung die Kohlenförderung hintertreibe, um der Entente gegenüber unrecht wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu veranschaulichen. Der Wirtschaftsminister Schwarz habe erklärt, daß nicht ein Wort von diesen Dingen wahr sei. Auf der einen Seite beschuldige man die Minister, auf der anderen Seite schreie man sich aber nicht, mit denselben zu verhandeln, wenn es sich um die Erlangung eines Postens handle.

Stadtv. Vollenet (Rechtslos.) stellt unter lebhaftem Widerspruch der Linken Behauptungen auf, die dahin zielen, die Arbeitervertreter zu verächtlichen, daß sie sich Kohlen einhäuferten. Auf die Zurückweisung, Verleumdung, vermag der Redner keine Beweise für seine Behauptungen zu erbringen.

Stadtv. Schäfer (U. S. P.) wendet sich gegen die Ausführungen des Stadtv. Hagen. Was der Stadtv. Hagen „richtiggestellt“ hat, hat sich in einer Verwaltungsausschussung zugetragen. In einer Sitzung der Demobilisierungskommission habe Schwarz damals gesagt, man dürfe gar nicht so schnell demobilisieren, damit die Entente nicht merke, wie wirtschaftlich leistungsfähig Deutschland ist.

Stadtv. Börner (Dnat.) dankt dem Oberbürgermeister für die Auskunft. Die beschränkte Freigabe des Kontingents genügt jedoch nicht. Er stellt deshalb den Antrag: Der Rat der Stadt soll beim Reichskohlenkommissar die völlige Freigabe der Landbezugs Scheine beantragen.

Stadtv. Hagen (Soz.) erhält seine Ausführungen aufrecht und erklärt, Wirtschaftsminister Schwarz habe in einer Unterredung dem Stadtv. Schäfer mitgeteilt, daß er bereit sei, bei der Besetzung des Postens auf Schäfer zurückzukommen. Er könne aber noch nicht endgültig entscheiden, da auch Porius vom Gewerkschaftsamt Leipzig in Vorschlag gebracht worden sei. Erst dann hat Schäfer brieflich dem Minister Schwarz abesagt.

Stadtv. Schäfer (U. S. P.) fordert den Stadtv. Hagen auf, sich bei seinen Bekanntheitsfreunden im Gewerkschaftskartell darüber Aufschluß geben zu lassen, daß sich im Verhandeln mit dem Minister Schwarz nicht ohne Wissen des Gewerkschaftskartells erfolgt ist. Der Antrag Börner wurde angenommen.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Berichtsjaal

Schöffengericht.

Wie man ins Gefängnis kommen kann.

Der Kaufmann B. aus Leipzig stand unter dem Verdacht, bei einem Friseur einen Schirm absichtlich verwechselt zu haben. Deswegen wurde er von der Polizei aus seiner Wohnung heraus verhaftet, mußte aber wieder freigelassen werden, da sich der Verdacht als völlig unbegründet erwies. Da er nun bei seiner Verhaftung nicht freiwillig mit den beiden Schutzleuten gegangen war, sondern diese längere Zeit hingehalten hatte, hatten die Schutzleute Gewalt angewandt, indem sie ihm sogar Handgelenke anlegten. B. behauptet vor Gericht, bei dieser Gelegenheit von den Schutzleuten geschlagen worden zu sein, so daß er am Kopfe gekluttet habe. Er wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Wie leicht man bei uns mit Verhaftungen bei der Hand ist, haben verschiedene derartige Fälle seit dem Einrücken der Rodetruppen bewiesen, wo sogar auf anonyme Anzeigen hin mancher ins Gefängnis wanderte. Das aber bei Verhaftungen derartige Gewalttätigkeiten, die, wie Justizrat Meiss vor Gericht anführte, häufig vorkämen, überhaupt noch möglich sind, beweist, so recht die freihetlichen Zustände in unserm „sozialistischen Reichstaat“.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. Raumburger Straße. Von einem solchen Verbot ist nichts bekannt. Wenn es bestünde, würden Sie doch auch die Karte nicht erhalten haben.

1919. Lüßt sich auf Grund Ihrer Angaben nicht ohne weiteres sagen. Erfandigen Sie sich persönlich beim Verband der Gemeindefreiarbeiter.

H. A. Zwenkau. Nur Kinder ist die Familienunterstützung bis zum vollendeten 15. Jahre zu zahlen. Wenden Sie sich an den Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft.

Der Kröteich.

Von Konrad Voelke.

Nachdruck verboten.

Freisold war mit Gangloff ins Semester nach München gefahren. Sie hatten während ihrer ganzen Studienzeit dieselben Universitätsstädte besucht und zwar die, nach denen Freisold Verlangen geäußert hatte. Gangloff war überallhin mitgegangen, sie hatten anfangs eigentlich in jedem Semester gewechselt, häufig zum Verdruß Gangloffs, der seinen Freund zu fragen pflegte, wohin er, Gangloff, im nächsten Halbjahr verjetzt würde. Gangloffs Vater war Postsekretär.

Freisold benutzte Gangloff als eine Art Reiseführer und zeitweiligen Unterhalter, der nötigenfalls für den dritten Mann zum Platz zu sorgen hatte; im übrigen ging jeder seine eignen Wege.

In der Woche vor Pfingsten bemerkte Gangloff eine seine immer wiederkehrenden finanziellen Erschöpfungen und beschloß Freisold anzuschreiben. Er suchte ihn also in seiner gut eingerichteten Zweizimmerwohnung und erlebte sofort sein ihm selber lästiges Anliegen.

„Hast du Geld, Rudolf?“
„Wieviel brauchst du? 50? 100?“ Freisold kannte Gangloffs Beschwerden.

„Um Gott, 20 Mk. sind für mich armen Kaspar genug. Euch Kapitalistenpaar sollte man tatsächlich enteignen. Wenn ich kein Geld habe, werde ich jedesmal Kommunist. Um die Ecke sollte man auch bringen!“

„Gangloff, ich habe die größte Lust, mich aufzuhängen.“
Gangloff glaubte, es sei ihm irgendwas in einer Klinik schief gegangen.

„Hast du einen armen Mann totzukriegen helfen? Paßt doch die Kranken Leute zu kriegen; in einem gutgeleiteten Staat dürfte es überhaupt keine Operationen geben.“

„Aber auf mit deinem Unfug. Das Leben ist ein Jammerthal.“
„Freilich, es ist höchst beschwerlich. Man wird mit dem notwendigen Dasein nicht fertig. Wo man hinschaut, Bedenken, Erwägungen, Erinnerungen; ein unflätiger Mist Gedächtnis- und Schlimmingsmaterial macht uns verrückt. Du rauchst eine Zigarre, dabei kommt dir Sabana, Mexiko, Sumatra, Kataloide, Nikotinvergiftung und wer weiß was noch in den Sinn. Du betrachtest deine elektrische Lampe, ein Duzend Erfinder fällt dir ein, Kupferdrähte, Luftkumpen, Kohlenkäden, Wolfram, Ölmänn, Tantal, die neuesten Fortschritte der Technik. Deine Kaffeetasse überstürzt dich mit tausend Namen: Bergmann, August der Starke, Zwißelmußter, Ueber- und Unterhaltungen, Wasuren, die Chinesen mit ihren Böpfen, heiliger Himmel. Dein Biergeschränk ist der Aufbewahrungsort für 10 Millionen Buchstaben. Man ersticht förmlich. Ich wünsche mir nichts als eine Kante auf dem Kilmantsharvo, eine Bananenstaube und einen zahmen Strauß.“

„Mensch, was habe ich denn mit deinem Allerweltstram zu schaffen? Dir ist die Bildung eine Last, weil du sie noch nicht in dir verarbeitet hast. In ein paar Jahren...“

„Ja, die Herren Geheimräte tragen alles in ihre irden Bücher ein. Wir, die wahrhaft Weisen, lesen die Welt in Strahlen auf.“

„Und was gewinnt ihr dabei außer der Bequemlichkeit? Das ist doch nichts. Du kommst mir vor wie Balzaroff in Kurgenjeßs „Väter und Söhne“.“

„Was, wir sind Nichtstun? Wir bauen auf, wir gewinnen die Ehrfurcht vor der ewigen Welt. Vor dem unendlichen Schmelzer, von dem wir auch ein Strahl sind, der unter den Bedingungen, die wir Erde nennen, aufleuchtet, wieder jenseits dunkel durch den Raum läuft, vielleicht ein andermal im Widerschein Glanz bekommt und noch einmal. Unser Gehirn ist nur ein Mond, aber der Mond ist auch ein Teil der Sonne.“

„Phantasi! Geben dir deine mystischen Spekulationen wirklich Seelenfrieden?“

„Allerdings; natürlich drückt mich ein enger Halsstragen gerade so wie dich.“

„Siehst du nicht ein, daß wir nur in unsern Kindern weiterleben?“

„Das ist ein Irrtum; das Leben lebt in unsern Kindern weiter.“
„Du wirst doch wohl die Erblichkeit nicht bestreiten!“

„Bist du dein Vater? Bist du deine Mutter? Wir sind ein Bräutchen aus ihren und ihrer Vorfahren Eigenschaften, aber wir sind nicht sie. Und aus dir und deiner Frau entsteht ein Verschmelzungsprodukt, an dem du eigentlich keinen Anteil mehr hast. Dem du wahrheitlich nachschauen wirst, wie die Demeu den jungen Enten. In Deutschland laufen wenigstens 100 000 Wäbchen herum, von denen du jede, je nach dem zufälligen Ort, an dem du deine Beziehungen hütetst, als die einzig Richtige ansehen wirst. Jedesmal würdest du denken, das ist die Gesuchte, und ebenso oft würden deine Kinder ein anderes Aussehen haben. Uebrigens rede ich, um dich zu erheitern; dir scheint eine Pans über die Leber gelaufen zu sein.“

Freisolds Gesicht hatte sich bei der Erwähnung der 100 000 möglichen Frauen verdüstert. Er machte sich widerwillig und mit sich selbst meins am Schreibtisch zu schaffen und warf zwei Photographien vor Gangloff auf den Tisch. Gangloff fuhr zusammen: „Die beiden Kröteich Alufmann!“ Er drehte mit einer gewissen Zagen Venes Bild auf die Rückseite und betrachtete Hildegard.

„Hier hat man allerdings eine anständige Familienähnlichkeit. Sogar die gleiche Kopfbewegung! Aber es sind sozusagen doch zwei verschiedene Lebewesen.“

„Zum Teufel, ja! Rate mir doch! Welche?“
Gangloff schaute seinen Freund einen Augenblick völlig verbündet an, ehe er verstand. Er zitterte innerlich, und seine ganze philosophische Ruhe war wie weggeblasen.

„Warum schaust du mich denn so dumm an! Sprich doch ein Wort!“ erregte sich Freisold.

„Ach? Was meint denn Vene dazu?“ sagte Gangloff endlich.

„Sie hat mir geschrieben, sie sei mir nicht böse und wünsche mir alles Gute. Aber woher weiß sie etwas? Hildegard und ich haben ihr nichts gesagt.“

„Das ist das einzig Bedauerliche an der Geschichte; sonst ist euer Fall ziemlich typisch, man liebt erst die eine Schwester und heiratet dann die andre. Ich bin dabei wirklich überflüssig.“

„Ach verstehe selber nicht, wie alles gekommen ist. Die arme Vene! Ach siehe sie zu Hause sitzen. Du würdest sagen, die fixierende Energie Hildegards sei stärker gewesen als die Venes.“

„Sprich nur ruhig, Hildegard hat dir besser gefallen! Für solche Ähnlichkeiten ist die gewöhnliche Ausdrucksweise auf genug. Man nennt einen Pfeifentopf Pfeifentopf, und sagt nicht, er sei eine beiderseits offene Hohlform aus einem Zirkel, das so und so beschaffen sei.“

„Aber Kaspar, warum regst du dich bei dieser Geschichte auf? Ich wollte ein ruhiges Urteil hören.“

„Du hast dich ja bereits entschrieben.“

„Sie sahen sich gegenüber und sahen aneinander vorbei; Rudolf schaute durchs Fenster in das Grün einer Reihe Straßendäume, und Gangloff betrachtete unmerklich das geschäftige Pendel einer kleinen Staubuhr, die den Uhrschrauber zierte.“

(Fortsetzung folgt.)

Zur Umgestaltung der Universität.

Von Hans Bölla.

In seinen rückblickenden Betrachtungen über die Vortragskurse des Arbeiterbildungsinstituts und der Universität hat H. Perre nachgewiesen, daß von den Universitätsprofessoren, wie sie heute sind, für die Arbeiterbildungsbewegung herzlich wenig zu erwarten ist. Dies ist für den, der die Universität von heute kennt und in ihr sieht, weiter gar nichts Verwunderliches. Denn auch zehn Monate nach der Revolution ist die Universität genau noch das, was sie war: eine Klassenhochschule zur Stütze der kapitalistischen Gesellschaft. Ja in der letzten Zeit werden die deutschen Universitäten — Leipzig markiert dabei an der Spitze — immer mehr zu Hochburgen der Reaktion. Es ist fast überflüssig, darauf hinzuweisen, daß Tausende von Studenten als Moskoffiere gegen das revolutionäre Proletariat kämpfen, daß bei jeder Universitätsfeier Trauerreden auf die dahingegangene stolze Monarchie gehalten und in Studentenversammlungen sozialistische Studenten aus gemeinlich beschimpft und niedergeschrien werden. Das Dünkeln der revolutionären Studenten hat bei solch „akademischer Freiheit“ einen schweren Stand. Trotz Mahnungen und Gefängnisstrafen haben sie aber fast an allen Universitäten bis heute ausgehalten und bekämpfen nach wie vor in der Universität die heutige Gestalt derselben. Mit Reformen, wie sie die Demokraten und Rechtssozialisten vertreten, geben sie sich dabei nicht auf; denn sogar die selbstverständlichen Forderungen wurden in Sachen vom Rulindminister und abgelehnt. So hat dieser „fortschrittliche“ Minister die Forderung auf Beilegung des Universitätsgerichts, das bekanntlich aus dem 16. Jahrhundert stammt und in den einzelnen Paragraphen (die heute noch zur Anwendung kommen) lächerlich wirkt, zurückgewiesen mit der Begründung, eine solch altherkömmliche Einrichtung könne man nicht mit einem Federklick beseitigen. Es wäre aber auch durch Reformen, die in der Verwaltung im ganzen Organismus der Universität durchgeführt würden, nichts geholfen; solange der alte Geist oder besser „Ungeist“ der heutigen Universität weiter gehet und gepflegt wird. H. Perre hat in seinen Abhandlungen diesen Ungeist genügend charakterisiert; er äußert sich vor allen Dingen in der Allfälligkeit der Professoren und in einer teilweise sehr niedrigen Auffassung vom Studium auf Seiten der Studenten, denen das Studium meist nur Mittel zum Zweck ist. Dieser Ungeist muß in erster Linie beseitigt werden. Und er wird erst dann verschwinden, wenn die Universität von Grund auf umgestaltet sein wird. Auf dem Zentraltagendratstag in Jena (25. bis 28. August 1919), wo man sich zwei Tage mit Hochschulfragen beschäftigte, herrschte von vornherein unter den revolutionären Studenten — die meisten deutschen Universitäten waren vertreten — volle Klarheit und Einigkeit in der Forderung einer Umgestaltung der Universität von Grund auf. Ihre Auffassung von der Universität, wie sie sein soll, gaben die revolutionären Studenten und Akademiker in folgenden Sätzen kund:

„Die Universität ist der Ausdruck der geistigen Haltung der menschlichen Gemeinschaft; Gemeinschaft hierbei als die einzige Realität, der sich der einzelne einfügt, nur insofern, als er ihr Glied ist, an ihrer Realität teilnehmend. Sie dient der Schaffung und Bewahrung des Bildungsgutes durch Forschung und Lehre.“

Die Universität ist Zentralstätte der Bildung. Die Angehörigen der Universität, Schüler und Lehrer, müssen von diesem Geist des Kommunismus erfüllt sein.

Aus diesen Erwägungen heraus ist die entschiedene revolutionäre Jugendbewegung der Ansicht, daß innerhalb der heutigen Universität fruchtbarere Arbeit nicht geleistet werden kann. Sowohl die Universität als Institution, als auch die Menschen in ihr stehen dem Geiste des Kommunismus völlig verfeindlich gegenüber. Es müssen daher alle diejenigen Angehörigen der Universität, Schüler und Lehrer, die von diesem Geist erfüllt sind, die Umgestaltung vorzubereiten suchen. Hierzu dienen zwei Einrichtungen:

Freie Hochschulgemeinden und Ferien-Akademien.“

Den revolutionären Studenten wird also Selbsthilfe empfohlen, die darin besteht, daß sie mit Gleichgesinnten freie Hochschulgemeinden gründen und in ihnen in intensiver Arbeit einen neuen Geist und die wahre Wissenschaft, die um ihrer selbst und um der Allgemeinheit willen betrieben werden soll, pflegen, damit sie so den Grundstein zu einer neuen Universität legen. Eine solche freie Hochschulgemeinde besteht bereits in Berlin, und von ihr, besonders von Hermann Schüller, wurden Leitfäden für die Umgestaltung der Universität im revolutionären Sinne aufgestellt. Schüllers Ausführungen in Jena liegen der folgenden Betrachtung zugrunde.

Durch die hohe Auffassung, wie sie Schüler von der künftigen Hochschule hat, wird so recht die Allfälligkeit der heutigen Universität bedenklich: „Die Hochschule ist die Krone und der Quell steiler Erneuerung des Gesamtlebens der Menschheit im Volke. Sie ist sichtbar Ausdruck des nach Einheit und Betretung der Menschheit ringenden Geistes, das bedeutungsvollste Organ des Geistes. Sie steht jedem dazu Geeigneten prinzipiell zur Verfügung, zum Lehren und Lernen offen. Sie ist oberste Richter in allen pädagogischen und geistigen Angelegenheiten der Völker. Die im Grunde stehenden Hochschulen eines Volkes bilden eine Arbeitsgemeinschaft mit den Hochschulen der andern Völker, die Vorbild, Mätre und Gewissen einer Arbeitsgemeinschaft der Völker dieses Erdballs ist.“

Arbeiterfesslichkeiten.

Die Notwendigkeit der Volksbildung ist in letzter Zeit mehr wie je betont worden, und das mit Recht; je mehr die Gesellschaftsprobleme auf ihre Lösung drängen, desto mehr muß der führende Teil des Proletariats mit umfassendem Wissen ausgestattet sein. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die Arbeiterklasse im allgemeinen mehr denn je von dem Verlangen erfüllt wird, eine bessere Zukunft anzustreben. Bei der Dringlichkeit der zu lösenden Aufgaben darf keine Zeit und keine Gelegenheit verschämmt werden, die Arbeiterfesslichkeit tätig zu machen, die kommende sozialistische Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten und weiterzuführen.

Das Ziel, die Arbeiterfesslichkeit mit den notwendigen historisch-ökonomischen Kenntnissen und der Wissenschaft der Produktion auszustatten, wird erreicht durch die Weiterentwicklung und Erweiterung der Bildungskurse durch das Arbeiterbildungsinstitut. Genügen aber die Veranstaltungen des Bildungsinstituts den Zeitverhältnissen, soweit die Förderung der Allgemeinbildung in Frage kommt?

Die revolutionäre Energie entspringt aus der Misere der wirtschaftlichen Verhältnisse und befördert sich in einem starken Verlangen nach besseren Zuständen. Das Verlangen nach besseren Zuständen wird aber erst durch die Erkenntnis und Unterbindung des Allfälligen und Schlechten vom Großen und Schönen, sowohl in materieller wie geistiger Hinsicht, geweckt. Bis vor nicht langer Zeit waren die Bestrebenden die Genießer alles Schönen. Erst durch die Vermittlung ihrer eignen Bildungsinstitutionen wurde der Arbeiterfesslichkeit Gelegenheit gegeben, den Unterschied von Schlecht und Gut kennen zu lernen. Aber der Kreis, den das Wirken des Arbeiterbildungsinstituts umfaßt, ist nicht weit genug, um vollständig die erwollte Wirkung zu erzielen. Alle Feste und Veranstaltungen der Arbeiter müssen von dem Geiste der Weiterbildung durchdrungen sein. Wie sieht es aber auf diesem Gebiete aus?

Leben wir und doch einmal die heutigen Vergnügen der Arbeiter an, was wird in den meisten Fällen für Schand darzubieten! Und trotzdem sind die Besucher dieser Vergnügen voll besetzt mit den Darbietungen der allbekanntesten Sängergesellschaften, der dilettanti-

schen Theaterspieler, der „Komiker“, der kleinen Gesangsvereine usw. Daß derartige Vergnügen noch möglich sind, ist ein Beweis dafür, daß das Verständnis für Gut und Schlecht in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch nicht vorhanden ist. Das Verlangen nach dem Großen, Schönen, Vorwärtstreibenden muß geweckt werden.

Das Bestreben nach Besseren muß vor allem gefördert werden durch die Vergnügungsveranstaltungen der Arbeiterorganisationen, vor allem der Gewerkschaften. Die Veranstaltungen der Gewerkschaften müssen an Güte über den Veranstaltungen der bürgerlichen Vereine stehen. Es ist das bis jetzt nicht immer der Fall gewesen. Der Verband der Fabrikarbeiter kann für sich das Vob in Anspruch nehmen, daß er bis jetzt bestrebt war, seine Vergnügen auf eine höhere Stufe zu stellen, und das Programm des bevorstehenden Herbstvergnügens (Sonabend 1/27 Uhr im Volkshaus) dieses Verbands ist wieder ein Beweis dafür, daß das Dargebotene bildend wirken soll. Trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten müssen die Arbeiter mehr denn je bestrebt sein, den Wert ihrer Fesslichkeiten zu heben, nicht um des Vergnügens willen, sondern als Mittel zum Zweck, zur Stärkung des Willens, aus der Unterdrückung und Beschränktheit herauszukommen zur Verwirklichung. Sz.

Kein Unlaß zur Gehaltserhöhung.

„Ach, Herr Direktor,“ sagte Herr Meier, „da Sie so viel Geld verdienen, könnten Sie mir doch eine kleine Gehaltserhöhung geben.“
„Arbeiten Sie so viel, Herr Meier?“
„Ach? Ja! Ich arbeite wie ein Pferd!“
„Sagen Sie schon. Das vorige Jahr hatte 286 Tage, nicht wahr?“
„Ja, gewiß.“
„Nun, Sie schlafen acht Stunden im Tage, nicht wahr?“
„Ja.“
„Das ist ein Drittel des Jahres, also 122 Tage. Bleiben 244 Tage.“
„Stimmt.“
„Acht Stunden täglich sind Sie frei, macht nochmals 122 Tage. Bleiben also 122 Tage.“
„Zehr richtig.“
„Sonntags arbeiten Sie gar nicht; macht 52 Tage, bleiben also 70.“
„Oh... ja.“
„Sonabend arbeiten Sie nur den halben Tag, gehen 26 Tage ab, und 44 bleiben übrig.“
„Ja, ja, ja, gewiß.“
„Wieviele Tage Ferien hatten Sie, nicht?“
„Ja, die hatte ich.“
„Bleiben also 20 Tage, dann gibts 9 Feiertage im Jahr, so daß bloß 21 Tage übrig bleiben.“
„Ach, hm, hm, ja... a... a...“
„Nunf Tage waren Sie krank. Bleiben 10 Tage, nicht wahr?“
„Ja... a... a...“
„Dann haben Sie jeden Tag eine Stunde Mittagspause, zusammen 15 Tage. Also bleibt ein Tag, und das war der 1. Mai, wo Sie frei waren. Sie haben Glück, Herr Meier, daß das vorige Jahr ein Schaltjahr war, sonst hätte Ihnen noch ein Tag gefehlt!“
Meier zog sein Gesicht um Gehaltserhöhung zurück.

Kleine Chronik.

Arbeiterbildung und Operette. Das Arbeiterbildungsinstitut kündigt für seine Mitglieder eine Aufführung der „Carbasfürstin“ an. Wir brauchen kaum zu sagen, daß uns so etwas einfach unverständlich ist. Es gibt keinen Grund, der es rechtfertigen könnte, daß ein Bildungsinstitut sich dazu hergibt, den Schund der moderner Operette den Massen zu billigen Preisen zu vermitteln. Damit wird die ganze künstlerische Erziehungsarbeit des Instituts in Frage gestellt. Und was nicht es, daß wir in diesen Spalten immer wieder die Gemeinlichlichkeit der Schundoperette betonen, nicht zuletzt im Interesse der heranreifenden Jugend, — wenn dann die berufene Organisation für Arbeiterbildung hinget und diesen unsern Kampf durchkreuzt? Wenn die Intendant der städtischen Theater nicht willens ist, die anstößige klassische Operette zu spielen, dann soll man eben ganz verzichten. Andernfalls gleich man dem Manne, dem der Arzt Sabinowitsch verfuhr, und der, da der Apotheker keinen hatte, den Wunsch äußerte: Dann geben Sie mir wenigstens Borsf. Aber dieser Mann handelte für sich und war nicht Vertrauensmann der Arbeiterschaft.

Einen Aufklärungsabend über Telepathie, Hypnose, usw. veranstaltete gestern auf Veranstaltung hiesiger Kreise der Dresdener Schauspieler Sprung. In fesselnder Weise verstand es der Vortragende, in die Verhältnisse berufstätiger „Telepathen“ und Hypnotisten zu leuchten und alles „Unerklärliche“ und Scheinbar Unerklärliche aufzuklären. Sprung bezeichnete die Tatfache, daß die Telepathen wie Pilze aus der Erde schießen, als eine Folge der Kriegshypnose. Die vorgeschriebenen Experimente und ihre harmlose Aufklärung verstanden das dauerlichere nur in geringer Zahl anwesende Publikum in Stöhnen — ob des Schwindels, den vielfach Telepathen mit Leichtgläubigen treiben. w. b.

Städtische Theater. Im Neuen Theater ist für Sonnabend Verdis „Arioso“ angelegt; die Kettevolle singt Karl Oster vom Stadttheater in Essen als Gast auf Anstellung. Weiter folgt er dann am Montag den Grafen in Vorjungs Wildschütz — am Dienstag den Wolfram von Eschenbach im Tannhäuser — In der für Sonntag mit Ullus als Gast angelegten Aufführung von Tristan und Isolde singt Emmy Streng zum ersten Male die Isolde. Ebenso ist der Melet mit Alons Overlad neu besetzt. — Die Uraufführung der Oper Freimannskind von Paul Wehler, die im Frühjahr wegen Erkrankung von Gertrud Barths abgesetzt werden mußte, findet nunmehr am Sonntag, dem 28. September, statt.

Leipziger Volkshaus, so heißt vom 1. Oktober ab der Männer- und Gemischte Chor Leipzig. Mit diesem Namenswechsel ist auch eine entscheidende Aenderung in den Zielen dieses alten Chores verbunden. Er zählt jetzt bereits 150 Sänger und Sängertinnen und will sich an das Studium größerer Chorwerke machen, um auf diese Weise die Arbeiterschaft bereichern von der Hilfe der bürgerlichen Chorvereinigungen unabhängig zu machen. Die Leitung hat Herr Otto Dida, Kapellmeister der Städtischen Theater. Das erste Volks-Sinfonie-Konzert veranstaltet der Chor am 2. November. Der Verein ist jeden Mittwochabend von 1/8 bis 10 Uhr und nimmt weitere Mitglieder gerne auf.

Eingelaufene Schriften.

Beiträge zur Naturgeschichte des Krieges. Unter diesem Titel erscheint im Verlag Hans Robert Engelmann in Berlin B. 15 eine Reihe von Broschüren, die von Graf Arco, Professor Engeln, Walburga Engner, Edmund von Gerlach, Maximilian Harben, Max Hombann, Luise Kautsch, Dr. Elisabeth Kotten, Dr. Erich Schlegelinger und Dr. Helene Söder herausgegeben werden.

Das erste dieser Hefte bringt die unklügeligen Belege über die Maßnahmen der deutschen Heeresleitung in Vlle. Der Zweck der Veröffentlichung ist, das deutsche Volk mit dem tatsächlichen Inhalt des ungeheuren Abkommens des Auslands bekannt zu machen. Preis 1,25 Mk.

Umfliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Vom 13. Oktober d. J. an wird bei den Städtischen Bücherhallen eine neue Ordnung des öffentlichen Verkehrs eingeführt. Vor allem werden die Lesungszeiten der Ausleihe verdoppelt. Bestimmten Leserguppen werden bestimmte Besuchzeiten der Ausleihe zugewiesen werden usw.

Tage ist erforderlich, daß die Ausleihe vom 22. September bis 12. Oktober geschlossen wird.

Angleich aber müssen wir die Leser, die nach dem 13. Oktober die Bücherhalle wieder besuchen wollen, bitten, sich in der Zeit vom 22. September bis 12. Oktober in den Bücherhallen einzufinden, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen und zu welchen Stunden sie in Zukunft die Bücherhallen benutzen können.

Die Leser werden dabei gemässmachen neu in die Bücherhallen aufgenommen.

Um jedem Leser diese Neuaufnahme zu ermöglichen, ist die Aufnahme in jeder Halle werktags täglich von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends ununterbrochen geöffnet. Die Leser müssen dazu dort persönlich erscheinen.

Die Lesezimmer bleiben in dieser Zeit von 10 Uhr vormittags bis abends 9 Uhr ununterbrochen geöffnet, auch können Bücher aus den Ausleiheabteilungen in den Lesezimmern benutzt werden.

Wer die Neuaufnahme in dieser Zeit versäumt, kann vor dem 1. Dezember die Bücherhalle nicht benutzen.

Leipzig, den 17. September 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.
Abteilung Städtische Bücherhallen.

Bekanntmachung.

Der Preis für 1 Zentner Kraftstroh wird vom 18. September 1919 ab bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

8,50 Mk. bei Abholung aus der Fabrik oder der Verkaufsstelle des Händlers.

9,10 Mk. bei Zufuhr durch den Händler frei Hof des Empfängers.

Leipzig, am 17. September 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Aufhebung des Strohstreuverbotes.

Die Ratsbekanntmachung vom 6. Juli 1917, wonach Stroh als Streu für Pferde innerhalb des Gebietes der Stadt Leipzig nicht verwendet werden darf, wird aufgehoben.

Leipzig, am 17. September 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Kartoffelausgabe.

Für die Versorgungswoche vom 20. bis 29. September 1919 gelangen auf die Kartoffelmarken C1/C1 der neuen Kartoffelart 24,1 und auf die Kartoffelmarken für Militärlieferanten und Besuchs-fremde

10 Pfund Kartoffeln, je nach Eingang zur Ausgabe. Der Preis der Kartoffeln wird noch besonders bekanntgegeben.

Verbraucher: Anmeldung beim Kleinhändler unter Abgabe der Kartoffelmarken C1/C1 bis Sonnabend, den 20. September.

Kleinhändler: Abgabe der eingenommenen Kartoffelmarken bei der Bezugskasse, Marktgrafenstraße 8, unter Einhaltung der für die Markenablieferung geltenden Vorschriften am Montag, dem 22. September. Ablieferung der Kartoffelbezugskarten Ka 181 an den Großverleiher bez. Obmann sofort, spätestens bis Dienstag, den 23. September.

Großhändler: Ablieferung der Kartoffelbezugskarten zum Einzahlung gegen Bezugsscheine bei der Bezugskasse, Marktgrafenstraße 8, zu den besonders bekanntgegebenen Zeiten am Donnerstag, dem 25. September.

Im übrigen finden die Bekanntmachungen des Rates über die Einführung des Bestellverfahrens für den Kartoffelbezug vom 19. Oktober 1918 und über den Verkehr mit Speisekartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1918 Anwendung.

Leipzig, am 17. September 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Butter- und Delverteilung.

I. Verbrauchssatz.

- auf die Marke G 1 der Landeslebenskarte 38 50 Gramm Butter und 50 Gramm Speiseöl,
 - auf die Sonderbuttermarken 65 für Kranke die aufgedruckte Menge Butter,
 - auf die Fettmarke 12 der Zusatzlebensmittelskarte für heimgekehrte Kriegsgelungene 50 Gramm Butter,
 - auf die Buttermarken C 1 und T 1 für Militärlieferanten und Besuchs-fremde je 60 Gramm Butter oder Margarine, ohne Wahlrecht für den Käufer.
- Der Preis für 50 Gramm Butter beträgt 78 Pfg., für 60 Gramm 94 Pfg., für 60 Gramm Margarine 46 Pfg., für 50 Gramm Speiseöl 70 Pfg. Die Kleinhändler erhalten die Butter zum Preise von 746.10 Mark, das Speiseöl zum Preise von 658.50 Mark für den Zentner.

II. Verteilungsordnung.

Verbraucher: Abgabe der Marken unter I. 1.—3. beim Butterklemm-bändler bis Sonnabend, den 20. September. Letzter Abholungs-tag Montag, den 22. September.

Kleinhändler: Bezugskartennahme in der Bezugskasse Markt-grafenstr. 8 Montag, den 22. September. Die Kleinhändler haben den Bedarf an Butter auf dem gelben Sonderbutterfahrschein und den Bedarf an Speiseöl auf dem allgemeinen grauen Fahrschein zu berechnen.

Abgabe der Butterbezugskarten B 159 bei den Butter-großhändlern und der Speiseölbezugsarten Sp 5 bei den nachgenannten Ausgabestellen

Leopold Koblisch, Dessauer Straße 8
Ferdinand Ermann, Neumarkt 28
J. G. Woppler, Grimmaischer Steinweg 6

Montag, den 22. September.

Buttergroßhändler und Inhaber der Delausgabestellen: Bezugskartennahme in der Bezugskasse Dienstag, 23. September.

Auf die Buttermarken für Militärlieferanten und Besuchs-fremde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Aufdruck „Bezug“ ist die darauf zugestellte Menge Butter oder Margarine ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Militärlieferanten und Besuchs-fremde zu entnehmen.

III.

Die Kleinhändler haben für die Entnahme des Speiseöles bei den Delausgabestellen gleichzeitig mit der Ablieferung der Delbezugs-karten geeignete laubere Gefäße, möglichst mit Verschluss, mitzubringen. Jedes Gefäß muß den Namen des Besitzers und die Taraangabe tragen. Die Delausgabestellen werden den Kleinhändlern mitteilen, wann sie das Öl abholen können.

IV.

Im übrigen findet die Bekanntmachung über die Butterausgabe vom 20. Februar 1918 Anwendung.

Leipzig, am 18. September 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Bekanntmachung.

In der Streitfrage des Arbeiterausschusses der Firma J. G. Scheller & Giesecke gegen diese Firma hat der Schlichtungsausschuss Leipzig am 3. September 1919 nachstehenden Schiedspruch gefällt:

Der Schlichtungsausschuss spricht sich dahin aus, daß die Firma J. G. Scheller & Giesecke verpflichtet ist, den bei ihr beschäftigten Galvanoplastikern und Stereotypenreutern vom 15. Juli 1919, d. h. dem Tage der Antragsstellung beim Schlichtungsausschuss ab, die den Antragsstellern vom 30. August 1919 ab bewilligten Löhne zu zahlen bzw. nachzugeben und ferner die ordn. und gewerbetreiblichen Ferien während der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober unter Fortzahlung des Lohnes in nachstehendem Umfang zu gewähren:

Nach einer Beschäftigung im Betriebe von 9 Monaten 5 Tage und für jedes weitere Beschäftigungsjahr 1 Tag mehr bis zum Höchstmaß von 15 Arbeitstagen.

geg. v. Schwarz
R. G. Haase Ernst Herbst
E. G. Damm R. Friebe
Reinhold Wendler A. Engelbrecht

Die Firma J. G. Scheller & Giesecke sowie auch der Arbeiter-ausschuss haben sich diesem Schiedspruch unterworfen.

Ar. 2315. Schlichtungsausschuss Leipzig.

Sonderverteilung von Reis.

Auf den Kopf der Versorgungsberechtigten von 6-18 und über 65 Jahre wird $\frac{1}{4}$ Pfund-Paket Reis zum Preise von 80 Pfg. oder $\frac{1}{2}$ Pfund-Paket Reis zum Preise von 90 Pfg. ohne Wahlrecht für den Käufer zugestellt.

Bedarfsanmeldungen und Markenabgabe in den Geschäften, die Schilder mit dem Aufdruck „Verkauf von Backwaren (Reis, Pfeffer-kuchen usw.) unter städtischer Aufsicht“ führen bis Sonnabend, den 20. September. Es sind abzugeben:

- für Versorgungsberechtigte von 6-12 Jahren die Marke B 2 der Sonderlebensmittelskarte für über 6-12 Jahre alte Kinder Marke B,
- für Versorgungsberechtigte von 12-18 Jahren die Marke A 2 der Sonderlebensmittelskarte für über 12-18 Jahre alte Versorgungsberechtigte Marke A,
- für Versorgungsberechtigte über 65 Jahre die Marke B 5 der Sonderlebensmittelskarte für 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte Marke A.

III.

Entnahme der Bezugskarten durch die berechtigten Geschäfte in der Bezugskasse, Schulstr. 1, Montag, den 22. September, in der bekannten Ordnung. Jede Marke ist auf dem Fahrschein mit einem Paket zu berechnen.

IV.

Im Anschluß an die Entnahme der Bezugsscheine haben die Kleinhändler bei der Lebensmittelversorgungsgesellschaft Leipzig m. b. H., Burgstr. 23, zu erfragen, wann und wo sie die Ware ab-holen haben.

V.

Ausgabe der Ware an die Verbraucher vom 25.-29. September. Leipzig, am 17. September 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Tauscha.

Freitag, den 19. September, von vormittags $\frac{1}{2}$ 9 bis $\frac{1}{2}$ 12 Uhr und nachmittags von $\frac{1}{2}$ 2 bis 4 Uhr und Sonnabend, den 20. September von $\frac{1}{2}$ 9 bis $\frac{1}{2}$ 12 Uhr im Lagerhause Verkauf marktfreier Kartoffeln an Tauschaer Einwohner. Preis 18 Pfg. pro Pfund. Kartoffelhilfskarte ist vorzulegen.

Der Rat der Stadt Tauscha.

Markranstädt.

Ausgabe von Frühkartoffeln.

Von Freitag, den 19. September 1919 an erfolgt die weitere Ausgabe von Frühkartoffeln bei den bisherigen Kartoffelhändlern gegen gleichzeitige Abgabe der Abschnitte 72 der Lebensmittelkarte. Eine vorherige Anmeldung findet nicht statt.

Markranstädt, am 17. September 1919. Der Stadtrat.

Die Stelle des zweiten Bürgermeisters der Stadt Königsberg i. Pr.

Ist, da der bisherige Inhaber in den Ruhestand tritt, zum 1. Januar 1920 neu zu besetzen. Die Anstellung erfolgt nach den in der Städteordnung für die besetzten Magistratsmitglieder vorgesehenen Bestimmungen auf 12 Jahre. Das ruhegeldberechtigte Gehalt ist vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bezugsauschuss auf 17 000 Mk., steigend alle 3 Jahre um 1500 Mk. bis auf 21500 Mk. festgesetzt. Daneben wird bis auf weiteres eine Feuerungszulage von 3000 Mk. und Kinderzulage von 400 Mk. für jedes Kind ge-währt. Die Nebenarbeiten besetzter Nebenämter ist nicht gestattet. Bei Dienstfähigkeit wird ein durch Dresdenstatut geregelter Ruhe-geld gezahlt.

Geeignete Bewerber werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Peifigung eines Lebenslaufes und der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse an den Unterzeichneten - Rathhaus - bis zum 15. Oktober 1919 einzusenden.

Königsberg i. Pr., den 16. September 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Reinius.

Licht-UT-Spiele

Heute letzter Tag!

Persönliches Auftreten der beliebtesten Filmschauspielerin

Ada Wilka

in ihrem reizenden Filmwerk:

„Die schlaue Ada“

Auftreten 4, 6, 15 und 8, 30 Uhr.

Ausserdem:

„Stürme“

„Ein Mädchenschicksal“

Telef. 3187

IM Künzel

Hainstr. 19.

Eva May

Durchgang

Riebeckbräu

Im Herzen der Stadt.

Licht-UT-Spiele

Ab Freitag!

2 grosse Filmwerke!

Liebeswirren

(Lache, Narr — — —)

Schauspiel von Hans Gaus

5 Akte in der Hauptrolle Friedr. Zöllinok 5 Akte

Eine unbedeutende Frau

Roman von W. Heimburg

5 Akte

Telef. 3187

IM Künzel

Hainstr. 19.

Edith Meller

Durchgang

Riebeckbräu

Im Herzen der Stadt.

Freitag, 19. Septbr., 8 Uhr
Sonntag, 21. Septbr., 3 Uhr

Grosses Preis-Skaten!

(Zahlenregeln)

Bayrischer Hof

Eisenbahnstr. 73, Tel. 12133.

Jeder Skatistler herzlich willkommen. Statt Diebesleben.

Wittweh, 24. Sept. Preisverteilung!

Lobende Gänse
Enten, Hühner
zur Jagd u. Mast
versendet billigst

Jacob Nadel

Berlin W. 50/16
Ausbacher
Straße 36.

Nur Frau Wittelles

Schreibt Ihnen nichts vor, sondern zahlt jeden hohen Preis für Ihre Herren- u. Damen-sachen, Wäsche, Betten, Schuhe, Viehhäufschneide, jeden alten Gegenstand, Kleiderdränke, Beistellen m. Matr. u. ganze Wirtschaften, Gold u. Silber.

Vorkingstr. 12, Alteschloßplatz
Telephon 18 150

Eheleute

u. solche, die es werden wollen, erhalten kostenlos in abschließendem Anwert hochwichtige Mit-teilung, wenn Sie sofort Ihre Adresse einreichen an

O. Schalla, Berlin 38,
Sobhanhäuser Allee 135 e.

Schneiden Sie diese Anzeige aus u. senden Sie dieselbe Ihren Bekannten, die Ihnen dafür dankbar sein werden!

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen

für jeden Bedarf in ein- und mehrfarbig. Aus-führung liefert schnell bei billigsten Preisen

Leipziger Buchdruckerei AG

Tauschaer Str. 19-21 • Fernsprecher 4596

Rotationsbetrieb bestens geeignet für pünktliche Lieferung von Massenaufträgen

Können Sie plaudern?
Wollen Sie als gebildet u. gern gelesener Gesellschaft eine Rolle spielen u. überall beliebt werden, in d. Gesellschaft, bei Frauen, bei Ihren Vorgesetzten, so lesen Sie: „Die Kunst zu plaudern u. was ein Gebildeter wissen muß“ von Dr. C. Mackold. Preis Mark 2.—. Nur zu beziehen von

W. U. Schwarges Verlag
Dresden-R. 450.

Damen- u. Herren-Hüte

zum Verpressen auf Neueste Formen in eigener Presserei in 14 Tagen, auf beliebigen Wunsch auch schneller.

Martha Böhm,
Reichstraße 42.

Keine Gasnot!

Karbid-Licht, Wand- und Hängelampen spottbillig. Karbid, markenfr. jed. Quant.

Beyer,
Rathh. Steinweg 88,
Dresdner Str. 29.

Haut-, Geschlechts-

u. Hautleide., von Herr Schwabe, beh. Dr. med. Berl., nicht anprob., Mittelfeld naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Anversstraße 5, Sprechst. von 9-3 u. 4-8 Uhr.

Kleine Inzerate

können auf Postanweisungen geschickt werden. Das Porto beträgt für Postanweisungen bis 5 Mk. 15 Pfg.

Prima Feuerholz in Ofenlänge

hart und weich, à Zentner von 7.50 bis 11.— Mk.

Kieferne Wurzel-Stöcke

à Zentner 3.— Mk.

Torf (markenfrei) à Zentner 13.— Mk.

Preise ab meinem Sägewerk. Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Paul Hachenberger

Leipzig, Dresdner Freil.-Bahnhof, Ladestraße 14, Tel. 4161.

Elektrisches Licht

Kraft-, Klingel- u. Telephon-Anlagen werden übernommen und sachgemäss ausgeführt.

Elektrotechn. Fabrik Oswald Pitttrich

Halle a. d. S. Leipzig

Morseburger Str. Nr. 6 Fernruf Nr. 3544

Peterssteinweg Nr. 10 Fernruf Nr. 11678

Färberei u. chemische Reinigung

wird schnellstens ausgeführt.

Lieferzeit 14 Tage

Batik-Färberei wie bisher in künstlerisch. Mustern.

Batik-Haus Schuhmacher-güchen 1-3.

im Riquet-Bau.

In 1 Stunde jede
Läuse-Plage

samt Brut (Nissen) auch Flöhe, b. Mäuse u. Tieren vernichtet. Sie unter Garantie durch einmalige Wäsche mit meinem berühmten pat. gesch. Mittel Bekolda. Viele Dankschreiben. Für Bänder ungeschädlich. 1 Liter Lösung, ausreichend für 8 Köpfe, Mk. 3.00, Nachnahme 3.70. Bestellen Sie Bekolda in den Niederlagen Schletterstr. 12, Lindenau, Josephstraße 7, und bei den Friseur- u. Söldstr. 85 und Co., Neuf. Gall. Str. 37.

Verband der Arbeitervereine für Sport- und Körperpflege

Turnvereine

Bezirk. Sonntag, den 21. September, vormittags Punkt 9 Uhr, **Turnwärtsturnen** in der Turnhalle der 8. Bezirksschule, Scharnhorststraße, Ecke Südstraße, Straßenbahnlinie 10, 12, 18, Stern. **Turnordnung:** a) Vortrag: Die Einwirkung des Turnens auf die Organe (Bundesturnwart Turnen, Benedix) mit praktischen Erläuterungen, b) Weib, Laufs- und Hüftübungen, c) Vorführung einer Musterturnstunde, Turnlehrer Turnen, Heune, d) Stabübungen, e) Kletterstangen, f) Stützweib, g) Weib, h) Hochbarren, i) Ringe, k) Spiele. **Wache** darauf aufmerksam, daß alle in den Vereinen tätigen Turnwarte anwesend sein müssen. Merkblätter vom Kreisbüro für Vereinsturnwarte, sowie die Teilnehmerkarten der Wettturner vom Bundeswärtsturnen werden ausgeteilt. Das Turnwärtsturnen erstreckt sich auf den ganzen Tag.

Achtung, Alterslegen-Turner! Sonntag, den 12. Oktober, **Herbstturnfahrt** verbunden mit Schmitztag. Alles Nähere durch Rundschreiben. — Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen
Der Turnausschuss. Otto Friedrich, Richard Hühne.

Grosszschocher. **Fussballabteilung.** Freitag, den 19. September 1919, abends 8 Uhr **Versammlung** im Restaurant Froschburg.

Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. Zentrum: Sonntag, den 21. September, **Ausfahrt** nach Hohenleina. Treffpunkt: 1 Uhr Bürgergarten, Brüderstraße.

Abt. Nord: Sonntag, den 21. September, nachmittags 1/2 8 Uhr, **Familien-Ausflug** nach Wiederitzsch.

Abt. West: Sonntag, den 21. September, **Familien- und Kinder-Ausflug** mit Musik nach Schönau. Abmarsch nachmittags 1/2 8 Uhr vom Markt, Lindenau. Zahlreiche Beteiligung wünscht
Der Vorstand.

Samariter-Vereine

Arbeiter-Samariter-Bund. Kolonne Leipzig.

Unter Leitungsbund findet nunmehr Freitag statt. Nächster Übungsabend Freitag, den 19. September, abends 1/2 8 Uhr im Volkshaus. Dienstaussage für die Dienstmännlichkeit. — Partei-, Gewerkschafts- und Arbeiterportvereine werden höflich erbeten, bis spätestens Freitag ihre Anforderung von Samaritern einzureichen. Es werden immer noch Sanitätsmannschaften aufgenommen und dringend gesucht. Meldungen beim Vorsitzenden Hilpert, Zeiger Straße 19.

Arbeiter-Wanderer

Touristverein Die Naturfreunde, Ortsgruppe Leipzig, E. B. 18. 9. Vortrag im Volkshaus. Abendw. fällt aus. — 21. 9. Tagesw. Großsteinberg — Großer Brand — Wurzen. Abfahrt früh 5 Uhr. — Halbtagsw. Liebertsdorf — Kolmsberg. Treffpunkt: 1.30 Gasthof Probstfeld. 25. 9. abends 1/2 8 Uhr **Außerordentliche Generalversammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Stellungnahme zur Gaukonferenz in Chemnitz am 1. und 2. November. Zutritt nur für Mitglieder.

Freie Turnerschaft Leipzig-West

L. V. — M. d. A. T. B. und Sp. B.

Sonntag, 20. September, im Hotel Deutsches Haus, Lindenau Herbst-Vergnügen

Künstlerische und turnerische Aufführungen und Ball
Einlass 5 Uhr — Anfang 6 Uhr — Die Aufführungen finden während der Tanzpausen statt. Um freundliche Beachtung bittet
Der Turnrat.

Neuer Turnplan

44. Volksschule (frühere Bürgererschule)	45. Volksschule (Demmeringstrasse)
Montag... 6-7.30 Schülerrinnen-Abteilung	Montag... 8-9.30 Zöglinge-Abteilung
Montag... 8-9.30 Turnerrinnen-Abteilung	Dienstag... 6-7.30 Schülerrinnen-Abteilung
Montag... 8-9.30 Alters-Abteilung	Dienstag... 8-9.30 Allgemeine Abteilung
Dienstag... 8-7.30 Schülerrinnen-Abteilung	Donnerstag... 8-9.30 Zöglinge-Abteilung
Donnerstag... 8-7.30 Schülerrinnen-Abteilung	Freitag... 8-7.30 Schülerrinnen-Abteilung
Donnerstag... 8-9.30 Turnerrinnen-Abteilung	Freitag... 8-9.30 Allgemeine Abteilung

Alle Männer, Zöglinge, Frauen und Jungfrauen ladet hierzu herzlichst ein
Die Turnerschaft.

4. Kreis — 1. Bezirk Arbeiter-Turn- und Sportbund

Sonntag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr

Städte-Wettspiel Dresden-Leipzig

im Lipsia-Sportpark, E.-Gutritsch, Delitzscher St., Friedhofsweg
Eintritt 60 Pfennig. Der Spielausschuss.

Mannschaft Dresden:

Angermann
Pöpler, Gerdt
Chlig, Mächlich, Dreßler
Kauschenbach, Klügel, Raumann, Nießen, Pöbling

Mannschaft Leipzig:

Brade (Victoria)
Baß (Möckern), Krause (Gutritsch)
Weißel (Leutonia), Gebhard (Stötterich), Börner (Gutritsch)
Wagen (Käseberg), Gottschalk (Rögnig), Wiedrich (Wausdorf), Gumbrecht (Gutritsch)

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Mitgliedschaft Leipzig, Abteilung Nord.

Sonntag, 20. September, im Schloß Drachenfels

23. Stiftungs-Fest

bestehend in Ball, Kunst- u. Reigenfahren.
Einlass 1/2 6 Uhr. — Anfang 1/2 8 Uhr.
Ergebnis ladet ein
Der Vorstand.

Gast- u. Logierhaus. Restaurant zur Scharfen Eck Greiz, Untere Silberstr. 1.
Bill. Übernachtung. Saubere Betten. Gute Speisen u. Getränke.

Vorkehrs-Lokal sämtlicher freier Gewerkschaften und Vereine. Bes.: Wilh. Weiss.

Gips : : Karbolinum
Lack : : Abbeizmittel
Kreide : : Leuchtmittel
Firnis : : Zinkweiss
Bleiweiss : : Eisenlack
Lampendocht: E.H.F. Leim
Fussbodenöl : Farben
Rostschutzfarben empf.
Feist, Rödelstr. 12.T. 40993

Ia. Kautabak

garantiert rein, täglich frisch
50 Rollen 50. — M.
100 97.50
500 470. —
F. A. Hoffmann, Teutschenthal.

Ziehung 5. u. 6. Nov. 1919.

9. Geld-Lotterie

der Königin-Carola-Gedächtnis-Stiftung.
Bargewinne ab. jed. Abz.

225 000 „
25 000 „
15 000 „
10 000 „
Hauptgewinne

Auf je 10 aufeinanderfolgende Nummern mindestens ein Gewinn.

Los 1 Mk. Porto und Hauptvertrieb Invaliddendank für Sachsen - Leipzig, Universitätsstrasse 4. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich. *

Rauchtabak garantiert rein leberies, Gr. u. Mittelgr., 100-g-Pakete, Pfd. 22.50, 25.00, 28.00 M., unter 5 Pfd. gebe nicht ab. Bei 10 Pfd. franko.

Engl. Zigaretten gelber Tabak, Misse 825.00 M., sortiert. Goldflak, Navy Cut, Mfg. Belg., F. B., 10-St.-Pack. Zigaretten m. G. Misse 250 M., reiner Tabak.

Schweizer Stumpfen Misse 585 M.
Amerikanischer Plattentabak 1 Blatte = 1 engl. Pfd. = 80 M.
Mindestabgabe 5 Platten.

Qualitäts-Zigarren Misse 60, 70, 80, 90, 100 M., Sortiment, 250 ab. 500 St. fort. Preislisten, sendet alles Wert nachnahme, Risiko ausgeschlossen, da reell. Jed. Kunde bestellt nach.
Zigarrenborna Firma 58 Brief- u. Telegramm-Adresse.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau im Volkshaus Zeiger Straße 22, III. Zimmer 22-24 Tel. 12780
Zahlstelle Leipzig. Bureaustunden: norm. 9-12, nachm. 1-5, 7 Sonntagabend nur 9-12

Sonntag, den 20. September 1919, abends 1/2 7 Uhr (Einlass 1/2 6 Uhr) in den Räumen des Volkshauses
Großes Herbstvergnügen.
Programm ausgearbeitet vom Arbeiter-Bildungsinstitut.

Mitwirkende:
Gustav Schütz-Quartett, Ballettchor der Städtischen Theater unter Leitung der Ballettmelsterin Fr. E. Grondons, Leipziger Vokal-Quartett Marita Brautzsch (Soprano), Elisabeth Geibe-Grundmann (Alt), Karl Sonne (Tenor) und Arno Geibe (Bass).

Nachdem: GROSSER BALL.
Großes Gustav Schütz-Orchester.
Programm und Liedertexte à 1 Mark an der Abendkasse.
DER FESTAUSSCHUSS.

Keine Kohlennot im künftigen Winter!

Die Wärmeöfchen „Famos“ sind eingetroffen! „Kein Kohlenstrecker“! Von keiner Leitung abhängig! Freistehend! Nicht „am Ofen anzubringen“, sondern ein „Ofenersatz“ mit besonderem, jederzeit zu habendem Brennmaterial. Kann durch ein Kind aus einem Zimmer in das andere getragen und auf Reisen wie im Garten als Fußbank benutzt werden. Sie können ein Zimmer erwärmen und zwei Töpfe Essen kochen! Auf der Herbstmesse 1919 wurden 21000 Stück verkauft.

Alleinverkaufsstellen werden bezirkweise vergeben und nachgewiesen! Bis dahin direkt zu beziehen durch
Filiengeschäft: Halle a/Sa. Merseburger Str. 6 Fernruf 3544. Preis 38 Mark.
Oswald Pittrich Generalvertrieb. Postscheckkonto Leipzig 53981.
Hauptgeschäft: Leipzig Peterssteinweg 10 Fernruf 11678.

Große Zufuhren Blutfrischer Angel-Schellfisch

Pfd. von 1.30 an. Heute eintreffend:

Eine Ladung Voll-Heringe

Pfd. 1.50 Tonne 210 Pfd. Fischgewicht 240 M.
Besonders zu empfehlen:

Holländer Lachs-Bücklinge

Das feinste was es gibt
Pfd. 4 M., Misse (ca. 28 Pfd.) 65 M.

Walter Baumann

Fischhandlung
Wurzner Str. 2a (Grüne Schänke)
Fernruf 60 721.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich Elisabethstrasse 1, Ecke Bogislavstrasse, ein

Zigarren-, Zigaretten- und Schreibwaren-Geschäft

Durch vorteilhaften Einkauf bin ich in der Lage, dem mich beachrenden Publikum gute und billige Waren zu liefern. Um günstigen Zuspruch bittet
Hochachtungsvoll
Max Schirmer.

Familienbad Markkleeberg



bleibt bis auf weiteres geöffnet. *

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher

Heinrich Berthold Lederhandlung

Leipzig, Nikolaistrasse 20-26

Leder-Ausschnitt

Dr. med. Gärtner

früher Tauchaer und Kohlgrabenstrasse
prakt. Arzt, Geburtshelfer, Arzt für Zahn- und Mundkrankheiten, wohnt jetzt
Breite Strasse 10, I.
Sprechzeit: Wochentags 8-9, 12-2 Uhr
Dienstag und Donnerstag 4-5 Uhr.

Familien-Nachrichten

Für die zahlreichen Beweise inniger Anteilnahme sowie für den so herrlichen Blumenschmuck beim Hinscheiden meiner lieben herzenguten Frau

Anna Emilie Seelig

geb. Stein
sprechen wir hierdurch unseren allerherzlichsten und tiefgefühltesten Dank aus. Insbesondere danken wir Herrn Pastor Junge für die trostreichen Worte sowie den lieben Hausbewohnern und Nachbarn, ferner dem Sängerkorps „Leipzig-Kocher“ für ihre ehrenvolle Teilnahme. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan. Dir aber, meine Liebe, rufen wir ein Ruhe sanft in dein allzu frühes Grab nach.
In tiefstem Schmerze
Leipzig, Berlin, den 18. September 1919
Karl Seelig und Hinterbliebene.

Widrig und unerwartet verschied gestern unser lieber Liebling im Alter von nahezu 6 Jahren. Durch sein liebes herabes Wesen war er unser aller Sonnenschein. In tiefer Trauer
L. W. O. S. A. u., Hermannstraße 18
Paul Rosak und Frau nebst Kindern und allen Hinterbliebenen.
Beerigung Sonntag, vormittags 1/2 9 Uhr.

Am 15. September verschied unser treues Mitglied, der Mitbegründer unseres Verbandes, Begründer des Verbandsorgans und dessen langjähriger Redakteur

Konrad Müller

Schkeuditz.
Wir verlieren in ihm einen unserer Besten, der weit über den Rahmen Leipzigs den Kollegen Deutschlands bekannt war. Sein Leben gehörte der aufstrebenden Arbeiterbewegung, für die er persönlich die schwersten Opfer brachte. Sein Wirken ist Verbandsgeschichte.
Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Ber. (Deutscher Senefelder Bund.) Mitgliedsch. Leipzig.
Die Kollegen und Geschäftsdelegationen treffen sich zur Einäscherung Freitag, nachm. 1/2 4 Uhr, am Krematorium. — Das Bureau ist Freitag nachmittag geschlossen. Der Ortsvorstand.